

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2.25 M.
(davon 07 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Beitrag 1.27 M. einschließlich 00 Pf.
Postgebühren und 72 Pf. Postbefreiung.
Für den Versand ins Ausland 2.50 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Briefpostporto 4.00 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentag-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Wend“. Illustrierte Sonntagsbeilage
„Wolf und Feind“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhof 1 A 7 290-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonton: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3 D. S. u. Dis.-Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

Freitag
15. April 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Millimeterzelle 20 Pf.
Zweifachzelle 2- Pf. „Kleine An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf.
Zusätzlich zwei festgedruckte Worte jedes
weitere Wort 10 Pf. Abart II. Tarif.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeter-
zelle 25 Pf. Familienanzeigen Milli-
meterzelle 16 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft: Einbeiträge 5.
wochentäglich von 9^h bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-
rechnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Das will regieren? Niemals!

Die Nazis im Preußischen Landtag / Reaktionäre schlimmster Sorte

Die Nationalsozialisten haben in dem verflochtenen Preußischen Landtag noch nicht fraktionsstärke gehabt. Sie waren daher rein formell nicht in der Lage, selbständige Anträge zu stellen, haben jedoch, wenn ihnen irgendeine Angelegenheit am Herzen lag, die notwendige hilfreiche Unterstützung bei den Deutschnationalen oder anderen Rechtsgruppen leicht gefunden. So zum Beispiel für die Anträge auf Einstellung von Strafverfahren gegen nationalsozialistische Abgeordnete. Die im Nazi-Programm grundsätzlich verworfene parlamentarische Immunität war auch im Preußenlandtag Hauptforschungsziel und stärkstes Betätigungsfeld der Nazi-Gruppe. Ein einziges Mal allerdings haben die Nationalsozialisten auch einen sachlichen Antrag gestellt: sie haben eine wesentliche Erhöhung der Besteuerung der Arbeiterkonsumvereine gefordert. Diese einzige sachliche Anregung als Ergebnis vierjähriger Parlamentsarbeit kann sich für eine sogenannte Arbeiterpartei gewiß sehen lassen.

Im übrigen haben sich die Nationalsozialisten im Preußenlandtag damit begnügt, bei allen sachlichen Entscheidungen mit den Deutschnationalen durch die und dann zu marschieren.

Mit den Deutschnationalen haben die Nazis dagegen gekämpft, daß den Fürsten und den Standesherrn von ihren Renten auch nur ein Pfennig gekürzt werde. Mit den Deutschnationalen haben die Nazis die Auflösung der Gutsbezirke zu verhindern gesucht; ebenso wie die Deutschnationalen waren sie der Meinung, daß die Einwohner dieser Gutsbezirke kein Gemeinewahlrecht und keine Anteilnahme an der Selbstverwaltung erhalten sollen. Mit den Deutschnationalen haben die Nazis sich zum Kapp-Putsch bekannt. Am 25. Februar 1930 hat der Nazipresschef Wilhelm Kube erklärt: „Ich bin auf Seiten Kapps gewesen. Ich habe die Kapp-Bewegung mitgemacht und ich schäme mich nicht, dabeigewesen zu sein.“ Das erklärt Herr Kube von der Nazi-„Arbeiterpartei“, obwohl der „Reichskanzler“ Kapp auf Streikführung und Streikteilnahme besonders in den sogenannten lebenswichtigen Betrieben Erschießen als Strafe androhte. Mit dem Befehl zum Kapp-Putsch haben sich die preußischen Nazis vollinhaltlich auch zum Bogheimer Programm bekannt.

Mit den Deutschnationalen — und mit den Kommunisten — haben die preußischen Nazis im Laufe der letzten vier Jahre Landtag 32 Mißtrauensvoten gegen das Kabinett Braun-Severing zugestimmt.

Fein säuberlich geteilt haben Rechtsparteien und Kommunisten je 16 dieser Mißtrauensanträge eingebracht; aber die Gemeinsamkeit der Aktion haben Nazis, Deutschnationalen und Nazis bei keinem dieser 32 Mißtrauensvoten verleugnet. Die Kommunisten haben für die Mißtrauensvoten gestimmt, die damit begründet wurden, daß Severing ihren Terror nicht energisch unterdrückte, und die Nazis haben für die Mißtrauensvoten gestimmt, die gestellt waren, weil Severing angeblich die SA schone. Wie die Deutsche Volkspartei auch für das Mißtrauensvotum gegen Otto Braun gestimmt hat, das als Begründung seine Unterstützung der Streifenmann-Politik vorschlug. An solchen Beispielen kann man lernen, was Nibelungentreue heißt!

Gemeinsam mit Deutschnationalen und Kommunisten sind die Nazis zum Stahlhelm-Volkstentseid am 9. August 1931 marschiert.

Aber auch hier keine Regel ohne Ausnahme. Einmal haben sich auch die Nazis im Preußenlandtag von den Deutschnationalen getrennt. Im Sommer 1928 haben die Deutschnationalen für die Vereinerung von Waldeck mit Preußen gestimmt, die Nationalsozialisten dagegen, weil, wie ihr Kube erklärte, Preußen heute für sie nur ein geographischer Begriff sei, und kein schöner. Man kann von einem Kube nicht verlangen, daß er das sonst von Lügner geforderte gute Gedächtnis hat. Infolgedessen hatte er zwei Jahre später vergessen, daß ihm Preußen nur ein geographischer Be-

griff sei und kein schöner, und sprach am 17. Oktober 1930 im Landtag von dem „für uns Nationalsozialisten heiligen Begriff Preußen“. Die Frage, ob die Nazis preußische Patrioten sein wollen, muß danach offen bleiben. Hingegen haben sie keinen Zweifel daran gelassen, daß sie auf den deutschen Patriotismus pfeifen.

Am 27. März 1930 machte der Naziabgeordnete Kaufmann-Ebersfeld von der Tribüne des Preußischen Landtages aus landesverräterische Angaben über den deutschen Grenzschutz.

Durch lebhafteste Zurufe darauf aufmerksam gemacht, daß er Geheimnisse der Landesverteidigung preisgäbe, erwiderte Herr Kaufmann: „Ihr Geschrei vom sogenannten Landesverrat kann uns nicht beirren. Sie rufen immer dann Landesverrat, wenn es in Ihren Kram paßt.“ Woraus zu ersehen, daß die Nazis den Landesverrat gutheißen, wenn er in ihren Kram paßt. In diesem Zusammenhang sei das Geständnis notiert, daß derselbe Abgeordnete Kaufmann-Ebersfeld am 5. März 1929 auf der Landtagstribüne abgelegt hat, daß gerade die Gewerkschaften das größte Kontingent zum deutschen Selbstschutz gestellt hätten. Dies Geständnis klingt etwas anders als die sonst bei den Nazis übliche Lüge, die Rechtstreife allein hätten Oberschlesien vor den polnischen aufständischen Verbänden und das Rheinland vor den Separatisten gerettet.

Im Preußenlandtag war natürlich — abgesehen von gelegentlichem und verfehlentlichem Ausprechen der Wahrheit — das Schimpfen und Verleumden hauptzweck der Nazis. Zu den Debatten über die Rechtspflege haben sie das Wort ihres Führers Kube von der Verleumdung des gesamten Richterstandes in Preußen beigetragen. In den Kultusdebatten hat Herr Kube nicht weniger als viermal in diesen vier Jahren den griechischen Bers zitiert, wo-

nach ein Mensch, der nicht geprügelt (geschunden) wird, nicht erzogen werden könne. Und zur Sozialpolitik hat wiederum der Abgeordnete Kaufmann-Ebersfeld am 7. November 1928 den Geistesblitz beige-steuert: die Sozialdemokratie habe infolge Steigerung der sozialen Lasten den Export unmöglich gemacht. Aber bei der Stellung der Nazis zur Sozialpolitik muß noch eines Vorganges Erwähnung getan werden, den gewiß jeder für eine Erfindung hielt, wenn er ihn nicht im Stenogramm der 121. Landtagsitzung vom 30. Januar 1930 jederzeit nachlesen könnte. Der — inzwischen verstorbene — Abgeordnete Leonhardt von der Wirtschaftspartei hatte den Landtag darauf aufmerksam gemacht, daß ein parteiantliches Naziorgan, der „Ostdeutsche Beobachter“, in Nr. 2 des laufenden Jahrgangs für Deutschland einen verheerenden Kindermord gefordert hätte:

„Alle Kinder, die bei Vergewaltigung einer Deutschen gezeugt sind, sollen getötet werden. Kinder, deren Aussehen und Merkmale auf einen Vater negerischer, orientalischer, nordafrikanischer oder hamitischer Rasse schließen lassen, sollen ebenfalls umgebracht werden, um zu verhindern, daß von neuem rassischschlechtes Blut und schlichte feilische Anlagen in den Volkstörper eindringen. Die Mütter der Bastarde müsse man unfruchtbar machen.“

Die durch den Abgeordneten Haake hierauf erfolgte Erwiderung ging dahin, daß die Naziabgeordneten den vorge-tragenen Artikel „in dieser Form“ ablehnten: „Es ist uns übrigens von der Redaktion mitgeteilt worden, daß Herr Leonhardt sich beruhigen möge, denn er sei mit dem Artikel nicht gemeint gewesen, trotzdem sein Neuhäuser zu dieser Vermutung hätte Anlaß geben können.“ Danach tut man den Naziabgeordneten in Preußen gewiß zuviel Ehre an, wenn man überhaupt ihre sachliche Stellungnahme zu einer Frage nachprüft. Ihr Programm ist die Bestialität.

Diese Arbeiterfeinde und Phrasendrescher dürfen niemals die Regierung Preußens in die Hand bekommen! Darum:

Alle Kraft für Braun-Severing!

Die Auflösung wird durchgeführt.

Dicke Köpfe der Naziführer. — Klagges gibt klein bei.

Hitler sitzt im Hotel Kaiserhof in Berlin mit den Naziführern zusammen und sie beraten, was nun zu tun sei. Er läßt verlauten, daß er den Staatsgerichtshof anrufen wolle. Inzwischen leisten sich die Nazis in Sachsen den Scherz, die Reichsregierung des Verfassungsbruchs zu beschuldigen und die sächsische Landesregierung aufzufordern, die Durchführung der Auflösung zu verweigern. Diese Forderung wird in Braunschweig an Herrn Klagges von ihnen nicht gestellt; denn Herr Klagges hat beschlossen, sich nicht mehr mühsig zu machen, sondern sich löblich zu unterwerfen und die Auflösung der SA und SS durchzuführen. In Hessen beantragen die Nazis die Einberufung des Landtags, in Bremen beantragen sie in der Bürgerschaft, der Senat möge das Reichsbanner auflösen. Alles in allem: viel weniger Widerstand und Lärm, als nach der Großmäuligkeit vorher zu erwarten war.

Klagges gibt klein bei.

Braunschweig, 14. April.

Innenminister Klagges teilte dem Vertreter der „Telegraphen-Union“ im Zusammenhang mit dem Verbot der SA und SS mit, er werde trotz seines an die Reichsregierung gegebenen Protestes die Notverordnung auch im Lande Braunschweig durch-führen, um Differenzen zwischen Braunschweig und Berlin zu vermeiden. Dahingestellt bleibe, ob es zweckmäßig sei, gegen die Reichsnotverordnung Klage beim Reichsgericht einzulegen. Beschlüsse seien hierüber noch nicht gefaßt. Sicher sei jedoch, daß man sich mit dieser Frage beschäftigen und ihre juristische Seite prüfen werde. Die SS und die SA seien aufgelöst. Der Auflösung seien auch die SS- und SA-Führerschule in Arel-

en und die SS-Kommandostelle in Braunschweig verfallen. Das Eigentum dieser Formationen werde, soweit es nach der Notverordnung notwendig sei, sichergestellt. Die Vorbereitungen für die Führerschule der Hitler-Bewegung in Flechtorf würden eingestellt.

Unruhen in Chemnitz.

Zusammenrottungen der verbotenen SA.

Chemnitz, 14. April.

Im Zusammenhang mit dem Verbot der SA und SS fanden am Donnerstag vor dem Hanshaus auf dem Theaterplatz, wo sich die Hauptstelle der Chemnitzer NSDAP befindet, fortgesetzt große Kundgebungen statt. Die Polizei trieb die Menge wiederholt mit dem Gummiknüppel auseinander. Auch an anderen Stellen der Stadt kam es zu Ansamm-lungen, die die Polizei zum Einschreiten veranlaßten. Bei verschiedenen Zusammenrottungen wurden einige Personen leicht verletzt. Eine Reihe von Personen wurde zwangsgestellt.

Das Verlagsgelände der sozialdemokratischen „Chem-nitzer Volksstimme“ hat die Tore fest verschlossen. Vor dem Verlagsgelände sind starke Polizeikräfte aufgestellt. Auch sonst ist die Polizei im Innern der Stadt wesent-lich verstärkt. Ununterbrochen fahren Polizeistreifen durch die Straßen. Einzeltreue Zwischenfälle haben sich

bis zum späten Nachmittag nicht erliegt. Bei einer Zusammenkunft wurde ein junger Mann durch einen Revolverhieb schwer verletzt.

SA-Mörder verhaftet.

Er hat den Reichsbannerkameraden Pauls erschossen.

Cidenburg, 14. April.

Der Bote und Reichsbannermann Martin Pauls ist am vergangenen Sonntag in Sillens erschossen worden. Wie die Cidenburgische Justizpressestelle mitteilt, haben die Ermittlungen zur Verhaftung des Täters geführt. Es handelt sich um den 20-jährigen Bäckergehilfen Helms aus Waddens, der SA-Mann und Mitglied der NSDAP ist. Er behauptet in Notwehr gehandelt zu haben.

Aufgelöste SA überfällt Reichsbanner.

Hindenburg, 14. April.

Wie von der Polizeipressestelle mitgeteilt wird, überfielen am Donnerstagnachmittag in Hindenburg etwa 15 bis 18 Nationalsozialisten fünf Reichsbannerleute, die Flugblätter verteilten, und misshandelten sie mit Messern, Schlagringen und Stöcken. Zwei Reichsbannerleute trugen dabei erhebliche Kopfverletzungen davon. Unter den Angreifern erkannte man, wie der amtliche Bericht sagt, Mitglieder der aufgelösten SA.

Schließung der SA-Heime in Leipzig. — Verhaftung des Landtagsabgeordneten Studentkowski.

Leipzig, 14. April.

Zu der Schließung der hiesigen SA-Heime wird noch mitgeteilt, daß sich bei der Polizeiaktion keine Schwierigkeiten ergaben. Der Landtagsabgeordnete Studentkowski, der gestern abend im Zoologischen Garten in einer Versammlung der SA beleidigende Äußerungen gegen den Reichspräsidenten und die Polizei gemacht hatte, wurde heute vormittag polizeilich vernommen. Mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigung, und da Verdunkelungsgefahr besteht, wurde Studentkowski der Staatsanwaltschaft zugewiesen. Im Anschluß an die Vernehmung kam es, nach Mitteilung der Polizei, an einigen Stellen in der Stadt zu Ordnungsforderungen, gegen die eingeschritten wurde.

Ansammlungen in München.

München, 14. April.

In der Nähe des Braunen Hauses, und vor allem am Karolinenplatz, kam es heute mittag und im Laufe des Nachmittags zu Ansammlungen. Unter der Menge befanden sich zahlreiche frühere Angehörige der aufgelösten SA und SA. Um die Verkehrsbehinderungen zu beseitigen, zerstreuten Patrouillen der Grünen Polizei die Ansammlungen.

Nazibeamte werden nicht mehr geduldet.

Ein wichtiger Schritt der badischen Regierung.

Karlsruhe, 14. April (Eigenbericht).

Der badische Staatspräsident gab in der Donnerstags-Sitzung des Badischen Landtags zur Auflösung der Privatarmee Hitlers eine Erklärung ab, in der er in Übereinstimmung mit den Regierungsparteien feststellte, daß in letzter Zeit eine ganze Reihe von Beamten ihre beschworene Treupflicht gegen den Staat gebrochen habe und daß gegen diese Beamten eingeschritten werde. Wegen der Reichsbeamten und der Reichsbahnbeamten werde sich die badische Staatsregierung mit dem Ersuchen um entsprechende Maßnahmen an die Reichsregierung wenden. Die Erklärung des badischen Staatspräsidenten hat folgenden Wortlaut:

„Namens der Staatsregierung (Zentrum, Sozialdemokraten, Deutsche Volkspartei) erkläre ich: Der Herr Reichspräsident hat die Sturmabteilungen und Schutzstaffeln der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei mit allen ihren Einrichtungen aufgelöst. Die badische Regierung begrüßt es, daß ihr seit Monaten wiederholt und nachdrücklich in Berlin vorgebrachter Wunsch endlich erfüllt ist. Es geht nicht an, daß im Staat noch ein anderer Staat besteht. Die öffentliche Gewalt darf nur in der Hand der verfassungsmäßigen Regierung liegen. Es ist unerträglich, daß eine politische Partei eine militärisch organisierte Privatarmee besitzt, mit der sie ihre Umsturzbestrebungen durchzuführen versuchen kann. Der Staat hat das Recht, hier sogar die Pflicht zur Notwehr. Unnützlich zuzusehen, hieße für den Staat, sich selbst aufzugeben. Die Geburt der Regierung währte lange, vielleicht zu lange.“

Das Gebot der Selbsterhaltung legt aber dem Staat mit zwingender Notwendigkeit noch eine andere Aufgabe auf. Zahlreiche Beamte haben in der letzten Zeit ihre beschworene Treupflicht gegen den Staat gebrochen. Die Regierung darf und kann hier nicht mehr lange zusehen, wenn nicht das Vertrauen des Volkes zum Staate erschüttert werden soll. Die Regierung mahnt deshalb alle Beamten, den Segenswünschen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei keinen Glauben mehr zu schenken. Die Regierung hat das Vertrauen zu ihren Beamten, daß sie, nachdem der Herr Reichspräsident so deutlich gesprochen hat, zu ihrer Pflicht zurückkehren. Gegen diejenigen, welche trotz dieser Ermahnungen sich im Sinne der kommunistischen Partei oder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei betätigen, wird die badische Staatsregierung folgende Maßnahmen ergreifen:

1. Den außerplanmäßigen Beamten, Angestellten und Arbeitern wird die Regierung das Dienstverhältnis im Rahmen der Gesetzgebung kündigen;
2. gegenüber den widerrechtlich angestellten planmäßigen Beamten wird die Regierung gemäß § 4 des Beamtengesetzes den Widerruf der Anstellung aussprechen und das Dienstverhältnis kündigen;
3. für die unwiderruflich planmäßigen Beamten gilt folgendes:
a) sie haben die Folgen zu tragen, welche sich wegen Verletzung der Treupflicht gegen den Staat auf Grund von Disziplinargerichtsurteilen nach Maßgabe der bestehenden oder künftigen Gesetz ergeben.

Die Staatsregierung erwartet, daß die Gemeinden ähnlich verfahren. Wegen der Reichsbeamten und der Reichsbahnbeamten wird sich die badische Regierung an die Reichsregierung wenden. Diese Maßnahmen sind notwendig, um eine der wichtigsten Säulen des Staates, nämlich die Beamtenschaft, vor Zerfetzung und damit den Staat selbst vor Niedergang zu bewahren.“

„Rote Fahne“ verboten.

Nach Mitteilung der Polizei ist die „Rote Fahne“ wegen Verächtlichmachung und Beleidigung des Herrn Reichspräsidenten auf drei Tage verboten worden.

Ein flüchtiger Ablenkungsversuch.

Die Sensation von Langewiesen und die unglaubliche Geschichte vom bewaffneten Reichsbanner.

In ihrem Bestreben, der aufgelösten SA zur Hilfe zu kommen, hat die Rechtspresse eine furchtbare Entdeckung gemacht. Die Telegraphen-Union verbreitete gestern nachmittag als Extrablatt (!) eine Meldung aus Weimar, daß der sozialdemokratische Bürgermeister Worch in Langewiesen bei Weimar die Auflösung der SA mit Hilfe bewaffneter Reichsbannerleute vorgenommen habe. Prompt erschien diese Meldung in der Hugenbergschen „Nachtausgabe in größter Aufmachung unter der Überschrift „Unglaublicher Vorfall in Thüringen“. Da liest man von einer Bewaffnung des Reichsbanners, von Hausdurchsuchungen durch bewaffnete Reichsbannerleute und ähnliche Scherze mehr.

Natürlich haben die Nazis sofort Protesttelegramme an Groener geschickt, und in einem dieser Telegramme heißt es lähn: „Damit sei die Bewaffnung des Reichsbanners, das in Thüringen schon zahlreiche Überfälle verübt hat, einwandfrei nachgewiesen.“

Es ist wirklich eine unglaubliche Geschichte! Was ist in dem Ort Langewiesen, der noch nicht 5000 Einwohner hat, Er-schreckliches geschehen? Wir haben uns bei dem Bürgermeister Genossen Worch erkundigt und von ihm folgendes erfahren:

Am Mittwochabend erhielt Bürgermeister Worch vom Kreisamt Arnstadt die Aufforderung der thüringi-

schen Landesregierung, für höchste Alarmbereitschaft zu sorgen, da eventuell mit einem SA-Überfall zu rechnen sei, und alle Waffen auf das Rathaus zu bringen. Da er zunächst ohne Polizeibeamte war, beauftragte er zwei zuverlässige Leute mit der Bewachung des Rathauses, bewaffnete sie und beauftragte niemand ins Rathaus hineinzulassen. Dann holte er die Polizeibeamten zusammen, löste die beiden Leute wieder ab und ordnete an, daß alle im Ort vorhandenen Waffen aufs Rathaus zu bringen seien. Er nahm den örtlichen SA-Führer und den örtlichen Vorsitzenden der NSDAP vorläufig fest, entließ sie aber nach zehn Minuten wieder, nachdem sie ihm glaubhaft gemacht hatten, daß kein Überfall beabsichtigt sei. Das ist die ganze große Affäre!

Aus dieser Ausführung eines amtlichen Auftrags ist in der Rechtspresse die Auflösung der SA mit bewaffneten Reichsbannerleuten, ein Beweis für die Bewaffnung des Reichsbanners in Thüringen geworden! Fällt den Leuten in ihrer Bestürzung über die Auflösung der SA wirklich nichts Besseres ein als diese „unglaubliche“ Geschichte aus einem thüringischen Nest?

Reichsrat und Rapallo-Vertrag.

Verlängerung von Schlichtungsabkommen und Rapallo-Vertrag beschlossen.

Der Reichsrat beschäftigte sich am Donnerstagnachmittag in öffentlicher Vollversammlung mit der Verlängerung des Schlichtungsabkommens und des Rapallo-Vertrages mit der Sowjetunion. Gegen den Artikel 4 dieses Vertrages, der die Reichsbegünstigungsklausel enthält, wurde von den Vertretern mehrerer Länder Stellung genommen.

Der württembergische Gesandte gab eine längere Erklärung ab, in der gesagt wird, daß Württemberg der Verlängerung des Vertrages nicht zustimmen könne, da die russische Schleiuderkonturrenz auf dem Holzmarkt die Gefahr eines völligen Zusammenbruches der württembergischen Waldwirtschaft in greifbare Nähe gerückt habe. Die württembergische Regierung könnte der Vertragsverlängerung nur dann ihre Zustimmung erteilen, wenn ausreichende Sicherungen für die Waldwirtschaft geschaffen würden.

Der Vertreter Badens erklärte, die Ausführungen des württembergischen Vertreters träfen auch für Baden zu. Die badische Regierung unterstütze nachdrücklich den Wunsch nach ausreichenden Sicherungen für die deutsche Holz- und Waldwirtschaft. Dieser Erklärung schlossen sich weitere Länder an.

Für die preussische Staatsregierung stimmte Staatssekretär Weismann der Verlängerung der Verträge zu, weil es sich um rein politische Verträge handele. Die Frage der Not des deutschen Waldes berühre auch die preussische Regierung tief, die in einer ausführlichen Eingabe an die Reichsregierung dazu Stellung genommen habe. Das sei aber eine rein handelspolitische Frage. Im übrigen hätten die Ausschüsse des Reichsrates ausdrücklich beschlossen, daß demnächst über die Holzfrage ausführlich beraten werden solle.

Der Reichsrat stimmte dann mit Mehrheit der Verlängerung des Rapallo-Vertrages und des Schlichtungsabkommens zu.

Fünfmarsküde kleiner?

Weiter genehmigte der Reichsrat die Ausprägung von weiteren 100 Millionen Mark in Fünfmarsküden. Bei dieser Gelegenheit wurde aus der Mitte des Reichsrates der Wunsch geäußert, daß die Fünfmarsküde in Zukunft etwas kleiner geprägt werden sollen. In der jetzigen Größe und Schwere seien sie zu einer förmlichen Landplage geworden. Es wurde auf die Schweiz verwiesen, die ihre Fünffrankenstücke gleichfalls verkleinert habe.

Hitler verleumdet Brüning.

Eine bössartige Unterstellung gegenüber ausländischen Berichterstattern.

Adolf Hitler hat sich nicht entblödet, ausländischen Journalisten gegenüber zu behaupten, daß er Beweise dafür habe, daß der Reichkanzler das SA-Verbot unter dem Druck Lardieus ausgesprochen habe.

Gegen diese Injämie wendet sich die Reichsregierung mit scharfen Worten. Sie bezeichnet diese Behauptung als „vollkommen erfunden“ und lediglich zu dem Zweck aufgestellt, die Reichsregierung zu verächtigen und ihr Ansehen im In- und Auslande herabzusetzen.“

Selbst wenn man Herrn Hitler zugute hält, daß er unter dem Eindruck des entschlossenen Vorgehens des Reiches etwas den Kopf verloren hat, so müßte man doch von einem deutschen Parteiführer mehr Selbstbeherrschung und mehr Gefühl für nationale Würde erwarten. Seine verleumderische Denunziation Brünings als das Werkzeug Frankreichs stellt übrigens nicht nur eine Verächtlichmachung der Reichsregierung dar, die alles Bisherige übertrifft, sondern auch einen verwerflichen Versuch, die öffentliche Meinung Englands, Amerikas und Italiens gegen Deutschland aufzupumpfen, wobei er insbesondere auf die Unbeliebtheit Lardieus in der Welt speuliert.

Hitler verwechselt dabei absichtlich Ursache und Wirkung. Tatsache ist, daß das SA-Verbot auf die ganze Welt einen ungeheuren Eindruck gemacht hat. Man hätte sich brauchen nachgerade an die Vorstellung gewöhnt, daß die Reichsregierung nicht den Mut und die Kraft habe, gegen Hitlers Bürgerkriegsprovokationen und -vorbereitungen ernsthaft vorzugehen. Der Mangel an Vertrauen in Deutschlands Zukunft war nicht zuletzt durch diesen Eindruck hervorgerufen, den die Reichsregierung freilich lange Zeit selbst mitverschuldet hat. Mit einem Schläge horcht nun die Welt auf. Man braucht nur einen Blick auf die Auslandsstimmen zu werfen, um zu erkennen, daß das SA-Verbot fast noch größeres Aufsehen erregt hat als der Sieg Hindenburgs bei der Reichspräsidentenwahl.

Deutschlands Stellung in der Welt und insbesondere auf der Abrüstungskonferenz wird durch diese Tat wesentlich gestärkt werden. Daran hatte Frankreich keinerlei Interesse. Wenn es nach den Wünschen des Herrn Lardieu gegangen wäre, dessen reaktionäre Gesinnung den gegenwärtigen französischen Wahlkampf hauptsächlich mit dem Papanz Hitler bestreitet, hätte die Reichsregierung die SA ruhig gewähren lassen. Und es ist kein Zufall, daß es gerade die Herrn Lardieu nahestehende Pariser Nationalistenpresse ist, die sich krampfhaft bemüht, die Bedeutung des SA-Verbotis herabzusetzen und seine Beweggründe zu verdächtigen.

Italienisch-faschistische Dreistigkeit.

Die „Telegraphen-Union“, die sich immer besonders heftigst nazifreundliche Auslandsstimmen zu verbreiten, d. h. Äußerungen der italienischen Faschistenpresse, denn andere Hitler-Freunde gibt es in der Welt nicht, meldet aus Rom:

Das SA-Verbot findet in der gesamten italienischen Presse

große Beachtung. Die Blätter haben hervor, daß über die außerordentliche Maßnahme keine Einigkeit geherrscht habe. Der „Corriere fascista“ erklärt, es sei lächerlich, wie sehr der französische Sicherheitswahn die deutsche Sozialdemokratie angestrichelt habe, die nun mit allen Mitteln gegen die Grundzüge der Gesellschaft und der allgemeinen Politik vorgehe, weil sie vom Sicherheitswahn beherrscht sei. Natürlich handele es sich dabei vor allem um ihre eigene Sicherheit. Die Sozialdemokraten, die von ihren Ideen über Gefahren und Verschönerungen beherrscht seien, läßen überall Gefahren und Verrat, merkten aber nicht, daß sie sie selbst heraufbeschworen. Die Sozialdemokraten müßten überall Bürgerkrieg, Blut und Unschlätze gegen den Staat, ohne zu erkennen, daß sie diese selbst hervorriefen. Da sehe man, wo man in der Innenpolitik hintontine, wenn einem der Kopf vom Sicherheitsbasillus verdreht sei. Die „Tribuna“ erklärt, daß die Auflösungsmaßnahme eine Gegenleistung sei, die die Sozialdemokratie für die Wahl Hindenburgs verlangt habe.

Wir begnügen uns, diese Übertreibungen und Dreistigkeiten mit der Feststellung zu registrieren, daß die Regierung Ruffos ins die Verantwortung dafür trägt. Denn in Italien gibt es keine selbständige Presse, alles was dort geschrieben wird, entspricht den Direktiven der Regierung. Man mag zwar nicht offen zu schreiben, daß Brüning und Groener das Verbot ausgesprochen hätten, weil sie vom „französischen Sicherheitswahn“ angeleitet seien, und spricht vorsichtshalber immer von der „Sozialdemokratie“. Gemeint ist aber mit dieser Verdächtigung die Reichsregierung. Das Stichwort zu diesen Verdächtigungen ist offensichtlich im Berliner Hotel Kaiserhof ausgegeben und im Palazzo Chigi genehmigt worden!

Wertlose Legalitätserklärungen.

Groener gibt sie der NSDAP zurück.

Im Anschluß an die Ablehnung des Empfanges des Abgeordneten Göring hat der Reichsminister des Innern auch die schriftlichen Legalitätserklärungen der nationalsozialistischen Führer und Unterführer an die Partei zurückgeschickt. Die Rückgabe war zwar an sich schon früher ins Auge gefaßt worden, weil die nationalsozialistische Führung die Erklärungen für ihr Archiv zurückerbitten hatte, der Minister hat aber in einem Begleit-schreiben darauf aufmerksam gemacht, daß diese Legalitätserklärungen wertlos seien, wenn der Geist einer Partei dem Inhalt der Erklärungen nicht entspreche.

Abgelehnte Landtagskandidatur. Der Vorsitzende des Freidenkertverbandes, Genosse Max Sievers, läßt durch den Professionsrat seines Verbandes mitteilen, daß er die ihm angebotene Kandidatur auf der sozialdemokratischen Landeswahlliste abgelehnt habe.

Der spanische Botschafter Araquistain veranstaltete gestern anläßlich des ersten Jahrestages der Begründung der spanischen Republik einen Empfang. Er hielt dabei eine Ansprache, in der er die Bedeutung des Wandels in Spanien dahin charakterisierte, daß nicht eine Gruppe, eine Klasse, ja, nicht einmal die Republik über die Monarchie triumphierte habe, sondern das spanische Volk sich erneuert und seine eigene glanzvolle Vergangenheit zugunsten einer aussichtsreicheren und wertvolleren Zukunft überwunden habe.

Die BVB. steht zur Republik.

Polizeipräsident Grzesinski spricht in den Kammerjalen.

Die Eisarne Front in der Berliner Verkehrs-Gesellschaft hatte gestern ihre republikanischen Betriebsangehörigen zu einer Kundgebung im Großen Saal der Kammerjale in der Teltower Straße gerufen. Man kann den Vertrauensleuten nur einen Vorwurf machen, der trotzdem zugleich höchstes Lob ist: der Saal, der 1 und 2000 Menschen faßt, war viel zu klein, um alle die Arbeiter und Angestellten der BVB. zu fassen, die ein klares und deutliches Bekenntnis für Otto Braun und Carl Severing ablegen wollten. Nur Männer und Frauen, die im Betrieb tätig sind, wurden nach genauer Prüfung ihres Ausweises zugelassen. Trotzdem mußte die Versammlung wegen Überfüllungsgefahr durch die Polizei gesperrt werden.

Der Vorsitzende, Genosse Schmidt, eröffnete die Kundgebung mit dem Gelübnis, Hitler, Hugenberg und Thälmann am 24. April zu schlagen und Preußen seine Regierung Braun-Severing zu erhalten und gab dann dem stürmisch begrüßten Redner des Abends,

Polizeipräsidenten Albert Grzesinski,

das Wort. Er führte aus: „Wäre es 1913 möglich gewesen, daß eine politische Versammlung der Arbeiter und Angestellten der Berliner Verkehrsunternehmungen stattgefunden und daß auf dieser Versammlung der Berliner Polizeipräsident gesprochen hätte? Nein. Das kennzeichnet den Unterschied von damals und heute! Das Volk ist gleichberechtigt geworden und beruft seine Vertrauensleute in die Verwaltung. Deshalb aber auch gilt dem „System“ der Kampf der Reaktion. Zwei Wahlkämpfe sind in den letzten Wochen vor allem durch die Eisarne Front zugunsten der Republik entschieden worden. Die Schlachtfront von Sozialdemokraten und bürgerlichen Republikanern, von Gewerkschaftlern und Genossenschaftlern, von Reichsbannerkameraden und Arbeiterportieren wird unüberwindlich sein.“

aber für den 24. April steht uns noch ein beträchtliches Stück Arbeit bevor.

Gewiß bekennt sich nur nach einem falschen Hitler-Einmaleins die Mehrheit des deutschen Volkes zum Braunen Hause. Am 10. April haben ja sogar, durch die Parolenhysterie ihrer Zentrale verblödet, Kommunisten ihre Stimme für Hitler abgegeben. (Lebhalte Stürmer!) Aber es hat sich gezeigt, daß die Massenorganisation der Hitler-Bewegung nicht ausgerichtet hat, auch nur annähernd die Mehrheit des Volkes zu erfassen.

Seit dem 14. September 1930 befand sich die Republik in einem akuten Gefahrenzustand. Die nationalsozialistischen Organisationen, die zuerst nur ein Sozialklub waren, wurden zu einer Privatarmee des Braunen Hauses ausgebaut. Damit ist gestern durch die Notverordnung des Reichspräsidenten Schluß gemacht worden. (Stürmischer Bravo!) Man wird fragen, warum haben Regierung und Polizei nicht früher eingegriffen? Man darf aber nicht vergessen, daß die gesetzlichen Möglichkeiten im Rahmen der Demokratie beschränkt sind. Ein Verbot, das durch irgendwelche Auslegungen wieder aufgehoben werden könnte, wäre ein Fehler gewesen. Deshalb mußte so lange gezögert werden, bis das notwendige Beweismaterial zusammengedrückt war, um alle zuständigen Instanzen davon zu überzeugen, daß ein Verbot dieser Organisationen im Interesse der Staatsautorität und zum Schutze von Volk und Vaterland unumgänglich notwendig ist.

Es ist deshalb noch nicht zu spät, denn wenn man in der Politik sagt, ist es niemals zu spät. Das Zögern hat Nerven gekostet, aber die Nervensprobe ist bestanden worden. (Erneute anhaltende Zustimmung.)

Es ist mir in diesen Tagen ein kommunistisches Plakat vorgelegt worden, in dem u. a. an die Regierung Braun-Severing und die Sozialdemokratie die Frage gerichtet wurde, warum wir nicht für ein Verbot der SA und SS sorgten. Wir haben das inzwischen getan, und die Kommunisten haben daraufhin erklärt, daß dieses Verbot nur ein Liebesdienst für Hitler sei. (Inhaltende Heiterkeit und ironische Zurufe.) Man ersieht daraus, was von kommunistischen Argumenten zu halten ist. (Neue Bravorufe.)

Genosse Grzesinski beleuchtete sodann den Unterschied zwischen dem alten und neuen Preußen in längeren Ausführungen und schloß mit einem stürmisch aufgenommenen Appell zum Kampfe für Demokratie und Republik. Die Reichsbannerkameraden vom Bezirk Kreuzberg gaben der Kundgebung mitreisende musikalische Unterstützung. Der Einmarsch der Hammerstaff der Berliner Verkehrs-Gesellschaft wurde mit Jubel begrüßt. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, die Eisarne Front und das republikanische Preußen endete die eindrucksvolle Kundgebung.

Rebellion in der Hitler-Jugend.

Austritte von Führern in Nordwestdeutschland.

Köln, 14. April. (Eigenbericht.)

Der bisherige Führer der Hitler-Jugend Nordwest-Deutschlands, Wilhelm Kayser, ist aus der NSDAP. ausgestiegen. Die Nazis behaupteten darauf, er sei ausgeschlossen worden. Kayser weist die Behauptung des „Westdeutschen Beobachters“, daß er ausgeschlossen worden sei, in der „Rheinischen Zeitung“ als unwahr zurück.

Wohr sei, so versichert Kayser in seiner Erklärung, daß der Gauleiter Grobe und der Reichstagsabgeordnete Schäfer ihn zu einer Einigungsverhandlung geladen hätten. Der Erfolg der Verhandlungen habe darin bestanden, daß man ihn (Kayser) einen Schweigepakt angeboten habe. Das habe er abgelehnt und der Führerschaft der Hitler-Jugend mitgeteilt, daß er seinen Austritt vollzogen hätte. Ebenso habe er den Kölnner Jungnationalsozialisten, die zu einer Kundgebung versammelt waren, Mitteilung von seinem Entschlusse gemacht. Die Jungnationalsozialisten hätten sich darin mit ihm solidarisch erklärt. — Auf die allgemeinen Annäherungen der Nazi-Bonzoer im „Westdeutschen Beobachter“ gegen ihn näher einzugehen, ließe sich mit Kreaturen auf eine Stufe stellen.

Am Anschluß an diese Erklärung verweist die „Rheinische Zeitung“ eine weitere von zehn Führern der nordwestdeutschen Hitler-Jugend von Köln, Aachen und Düsseldorf unterschriebene Erklärung, in der sich diese mit dem bisherigen Führer Kayser solidarisch erklären. Sie sagen u. a.: „Nur wir erblicken heute in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Hitler-Jugend nicht mehr die Barockperle dessen, worfür wir jahrelang gekämpft haben. An die westdeutschen Jungarbeiter richten wir den Appell, sich loszulösen von der verbotenen NSDAP.“

Typisch für die Bonzoer ist es, daß in der parteiamtlichen

Rondolenzvisite.



Thälmann: „Leider haben meine Wähler, die im zweiten Wahlgang für Sie gestimmt haben, das traurige Ereignis nicht verhindern können. Dafür verbreite ich jetzt: es wäre mit Ihrem Einverständnis geschehen.“

Otto Braun in Breslau.

Massenkundgebung in der Jahrhunderthalle.

Breslau, 14. April. (Eigenbericht.)

In einer Kundgebung der Eisernen Front zur Preußenwahl sprach heute abend der preussische Ministerpräsident Otto Braun in dem überfüllten Riesentempelbau der Jahrhunderthalle. Otto Braun, von stürmischem Beifall begrüßt, rechnete mit dem deutschnationalen Parteiführer und dessen geschmacklosen Äußerungen in Nürnberg über das „Saupreussentum“ ab. Sodann beschäftigte er sich teils mit dem Urstim des neuen Schlagwortes der Reaktionäre vom „Kampf gegen das System“. Man dürfe doch niemals vergessen, daß das „neue System“ 1918 ein belagertes, betrogenes und bis auf den letzten verschlossenen Türklammer ausgepörrtes Volk zur Betreuung übernommen habe.

Soll Preußen etwa dadurch wieder preussisch werden, daß man ausgerechnet einen Herrn aus Oberösterreich in die Regierung holt? Hinter dem Geschrei von der Wiederherstellung des wahren Preußens steht nichts anderes als der Drang einer Kaste nach der Wiedereinführung an der Futtertrippe. So sei aufs tiefste zu bedauern, fuhr Braun fort, daß auch in Preußen unter dem Druck der Verhältnisse harte Abbaumaßnahmen durchgeführt werden mußten. Leider seien auch zum Teil Einrichtungen bedroht, für die er ein Menschenalter gekämpft habe. Er sei jedoch fest entschlossen, von diesen Errungenschaften keinen Fußbreit mehr preiszugeben, als durch die bitterste Not erzwungen werde.

Erklärung des „Westdeutschen Beobachters“ gefolgt wird, Kayser sei der einzige, der für seine Tätigkeit in der NSDAP. von Anfang an eine Angestelltenbesoldung erhielt. Fortwährend wird der Welt vorgelesen, daß die Nazisführer ohne jede Vergütung arbeiten. Hat man sich aber mit irgend jemand aus der Kampfgasse vertrudelt, dann wird dem Ausgeschlossenen unter die Nase gerieben, was er bei den Nazis verdient hat. Eine feine Stimmung, die schließlich nicht zu überbieten ist. Kayser will übrigens in Westdeutschland eine neue Jugendorganisation bilden.

Demonstrationsverbot aufgehoben.

Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Minister des Innern folgenden Erlaß an alle Regierungspräsidenten und Polizeibehörden gerichtet:

In Abweichung von der Bestimmung des Abs. 4 der Anordnung, betreffend das Verbot von Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel, vom 31. Oktober 1931 ermächtige ich die Regierungspräsidenten, für die Stadt Berlin den Polizeipräsidenten, in der Zeit vom 17. April 1932 bis auf weiteres auch für politische Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel auf spätestens 24 Stunden vorher gestellte schriftliche Anträge Ausnahmen zuzulassen, sofern der friedliche und ungefährliche Ablauf der Veranstaltung gewährleistet erscheint und sonstige Bedenken gegen die Abhaltung der Veranstaltung nicht bestehen. Mehrere gleichzeitige Veranstaltungen verschiedener Organisationen am gleichen Ort sind nur zu gestatten, wenn die Sicherheit gegeben ist, daß die Veranstaltungen sich räumlich in keiner Weise berühren.

Finanzpirat Ivar Kreuger.

Angeheuerliche Betrugsereien aufgedeckt.

Nach übereinstimmenden Meldungen führender ausländischer Blätter befinden sich im Besitz des Kreuger-Konzerns italienische Schatzanweisungen im Werte von 300 Millionen Schwedischer Kronen. Von italienischer Seite wird die Echtheit dieser Staatspapiere bestritten, da Kreuger so gut wie keine Geschäftsverbindungen mit Italien gehabt hat.

Es handelt sich also hier um die grandiosste Fälschung und das ungeheuerliche Betrugsmandat, das die an Skandalen so reiche Geschichte der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt zu verzeichnen hat. Die Affäre mit den italienischen Staatspapieren hat sich nach englischen und schwedischen Meldungen so abgespielt, daß der Zündholzkönig dieses Vater einer seiner größten amerikanischen Gesellschaften, der International Match Corporation, im Austausch gegen deutsche Staatsanleihen gegeben hat. Im

ferner nahm der Ministerpräsident, nachdem er die Aufbauarbeit der preussischen Staatsregierung im letzten Jahrzehnt ausführlich behandelt hatte, zum Verbot der SA und SS Stellung. Die Auslösung werde der Nazibewegung keinesfalls neuen Antriebs geben. Das Verbot sei kein Unrecht gegenüber den Nationalsozialisten. Der Vergleich der Maßnahme der Reichsregierung mit dem Sozialistengesetz sei durchaus unangebracht.

Man habe keine Partei verboten, sondern nur deren militärischen Apparat, durch den die NSDAP. einen bis dahin unerhörten Terror ausgeübt habe. Der Klage Hitlers gegen mich, fuhr Braun weiter aus, sehe ich mit Ruhe entgegen.

Die beschlagnahmten Dokumente sind Beweise genug für die landesverräterischen Pläne der SA.

Zu Hitlers Bannburger Rede erklärte Braun unter allgemeiner Heiterkeit: Hitler wolle wohl im Falle eines außenpolitischen Konflikts seine Truppen von der Grenze zurückziehen, weil er aus Erfahrung wüßte, daß es in der Stappa gemütlicher sei, als vorn an der Front.

Ministerpräsident Braun schloß seine Rede mit den Worten: Mich hat stets der Gedanke geleitet, aus Preußen einen wahren demokratischen Staat zu machen, in dem nicht der Größenwahn des Diktators, sondern der Wille des Volkes ausschlaggebend ist. Dieser Gedanke muß auch in Zukunft Ziel aller Politik in Preußen bleiben!

ganz sicher zu gehen, hat Ivar Kreuger nach der Fällung dieses riesigen Bestandes von italienischen Staatspapieren an verschiedenen Börsen Gerüchte ausgestreut, daß er mit Italien ausföhrliche Verhandlungen wegen Abschluß eines Zündholzmonopols führe. Auf Grund dieser Börsengerüchte wurde natürlich von keiner Stelle des Zündholzkonzerns die Echtheit dieser italienischen Schatzanweisungen in Zweifel gezogen, da dieser Bestand in Kreugers Händen bereits mit den angeblichen Zündholzverhandlungen in Verbindung gebracht wurde.

Es ist noch gar nicht abzusehen, was für Enthüllungen bei der Klärung des Kreuger-Standals der Welt noch bevorstehen. In dem vorliegenden Fall sind die Folgen für Amerika schwerster Art. Die genannte amerikanische Zündholzgesellschaft arbeitet mit einem Kapital von mehr als 270 Millionen Mark. In dieser Gesellschaft waren 42 große internationale Zündholzfabriken zusammengefaßt, über die das Unternehmen das amerikanische, asiatische und zum Teil auch europäische Zündholzgeschäft Ivar Kreugers kontrollierte. Die bisherigen Enthüllungen lassen keinen Zweifel mehr aufkommen, daß man es bei Ivar Kreuger, dem vergötterten Finanzmann der hochkapitalistischen Epoche, mit dem größten Wirtschaftspiraten aller Zeiten zu tun hat.

Amerikanische Milliardenpleite.

Der Vorstand der Anshull Utility Investments Inc., einer Dachgesellschaft für eine Reihe amerikanischer Elektrizitätskonzerne, hat nach einer Meldung aus Chicago beschlossen, über das Vermögen der vor kurzem in Schwierigkeiten geratenen Gesellschaft die Eröffnung des Konkursverfahrens zu beantragen. Der Konzern verfügt über Buchwerte in Höhe von drei Milliarden Dollar gegenüber 650 Millionen Dollar kurzfristiger Schuldverpflichtungen. Diese Milliarden-Insolvenz ist die größte in der Geschichte der amerikanischen Volkswirtschaft.

Amerikanische Konjunkturpolitik.

Die Banken sollen mehr Kredite gewähren.

New York, 14. April.

Das Federal Reserve Board hat den an das Federal Reserve System angeschlossenen Banken mitgeteilt, daß ihre Bemühungen, ihre Aktien auf ein Höchstmaß von Liquidität zu bringen, übertrieben seien, und die liquiden Banken dringend aufgefordert, mit der Eintreibung der von ihnen gewährten Darlehen aufzuhören und neue Kredite zu bewilligen.

Der steirische Helmholtz-Gitgasfabrikant Dr. Köstler ist am Tage nach seiner Verhaftung gegen Gelöbnis wieder freigelassen worden — dagegen hat der Wiener Schußbühnenleiter, der Hauptangeklagte im Ottakringer Waffenprozeß, drei Monate in Untersuchungshaft sitzen müssen, ehe er bei Vertagung der Hauptverhandlung entlassen wurde.

Der Konflikt in den Gemeinden.

Fahrlässigkeit oder absichtliche Täuschung.

Im Reichsarbeitsministerium fanden gestern zwischen dem Reichsarbeitsgeberverband kommunaler Betriebe und den Tarifgewerkschaften Verhandlungen statt über den Reichsmanteltarif der Gemeindegewerkschaften und kommunalen Straßenbahner, der bekanntlich von den Gemeinden gefündigt worden war. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der eine Verlängerung bis zum 30. Juni d. J. erfolgen soll.

Ueber die gleichfalls gefündigten Lohnsätze kam indessen eine Einigung nicht zustande. Die Gewerkschaften verlangten eine Zurücknahme der Kündigungen und Verlängerung der Lohnsätze auf bezirksweiser Grundlage. Die Gewerkschaften verweisen mit Recht auf die im August des Vorjahres getroffene freie Vereinbarung, wonach die Bestimmungen der Roterordnung vom 5. Juni 1931 als abgelehnt anzusehen seien, vorausgesetzt, die Reichsregierung erhebe gegen diese Vereinbarung keinen Einspruch.

Nun hat das Reichsarbeitsministerium selbst bei dem Zustandekommen dieser Vereinbarung erheblich mitgeholfen. Den Tarifgewerkschaften ist auch nicht bis heute weder vom Reichsarbeitsministerium noch von einer anderen Regierungsstelle eine offizielle Mitteilung gemacht worden, daß die Reichsregierung dieser Vereinbarung nicht zustimme. Die Tarifgewerkschaften hätten auch niemals der Vereinbarung zugestimmt, wenn die Zustimmung der Reichsregierung gefehlt hätte, d. h. wenn sie hätten annehmen müssen, daß man nachträglich auf Grund der — übrigens wiederholt preisgegebenen — Bestimmungen der Roterordnung vom 5. Juni eine nochmalige Lohnkürzung verlangen würde. Dieses Verhalten ist aber an die Gemeinden als Unternehmern

gestellt worden, und zwar vom Reichsfinanzministerium, ohne die Tarifgewerkschaften davon auch nur zu verständigen. Das eigentlich zuständige Reichsarbeitsministerium ist vollständig ausgeklammert worden — in dieser wie in so mancher anderen Frage. Mit Recht empfinden die Gemeindegewerkschaften dieses Vorgehen als eine Inloyalität. Lohnpolitisch, sozial und politisch ist die Forderung nicht vertretbar, den Gemeindegewerkschaften, denen die Löhne mehr als irgendeiner anderen Berufsgruppe gekürzt wurden — in einem Jahr bis zu 30 Proz. — jetzt nochmals zu kürzen.

Ob man die Gemeindegewerkschaften mit Absicht brüskiert hat — und nicht nur einmal — wollen wir nicht behaupten. Aber wenn es sich auch nur um eine Fahrlässigkeit handelt, eine nochmalige Lohnkürzung unter Berufung auf die Bestimmungen der Roterordnung vom 5. Juni 1931 ist heute einfach unmöglich. Es wäre allerhöchste Zeit, die Angelegenheit jetzt endlich zu begraben.

Berlin will keinen Lohnabbau!

Wie der „Vorwärts“ feinerzeit mitgeteilt hat, war von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion sofort nach Bekanntwerden der Kündigung der Lohn- und Manteltarife sowie des Arbeitszeitabkommens für die Arbeiter und Angestellten der Berliner Gemeindebetriebe, Verwaltungen sowie städtischen Gesellschaften im Rathaus ein Dringlichkeitsantrag gestellt worden, der die Zurücknahme der Kündigungen verlangte.

In der gestrigen Sitzung des Stadgemeindevorstandes wurde der sozialdemokratische Antrag einstimmig angenommen.

Abgedankte Unternehmer.

Köttgen als Nachfolger Borfigs.

Durch die Presse geht eine Notiz, wonach als Nachfolger Borfigs im Vorjahr der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände der Generaldirektor Köttgen ausersehen sei. Herr Köttgen ist bekanntlich der höchstbezahlte Generaldirektor des Herrn von Siemens — seine Einnahmen wurden feinerzeit auf 800 000 Mark jährlich beziffert — hat in U.S.M. die Rationalisierung studiert, darüber ein Buch veröffentlicht und gilt als Techniker von großer Begabung.

Wie groß aber auch seine Einnahmen sein mögen, wie hoch auch seine Stellung in einem der größten Unternehmungen Deutschlands sein mag — er ist schließlich doch nicht ein Unternehmer mit all den Ansprüchen auf Vorrechte, die die Unternehmer als Kapitalbesitzer stellen, sondern ein „leitender Angestellter“ mit dem Titel Generaldirektor. Seine Wahl würde also auch in repräsentativer Hinsicht einer vollkommenen Tatsache Ausdruck geben. Der Tatsache nämlich, daß die Unternehmer — freiwillig oder nicht — abgedankt haben und an ihre Stelle die neue Herrenschicht, die der Generaldirektoren getreten ist.

So tritt also auch äußerlich in Erscheinung, daß den Kapitalisten als Unternehmern die Wirtschaftsführung über den Kopf gewachsen ist, daß sie die Leitung und Führung der Unternehmungen und der Wirtschaft in die Hände von fürstlich dotierten Angestellten gelegt haben und sich damit begnügen, als Kunstbilletanten, Sportler und Kalenpolitiker ein zwar kostspieliges, sonst aber durchaus sorgenfreies Leben zu führen. Es wäre an der Zeit, diese tatsächliche Abdankung durch die Sozialisierung der Wirtschaft gewissermaßen zu legalisieren.

Der Kampf um den Lohn.

„Tarifpolitik“ der Baustoffunternehmer.

Die Tarifpolitik der Unternehmer strotzt infolge ihrer inneren Umwandelbarkeit förmlich von Widersprüchen und Sinnlosigkeiten. Besonders kraß liegen in dieser Hinsicht die Dinge in der Baustoffindustrie. Prominente Regierungsvertreter haben bei verschiedenen Gelegenheiten erklärt, die Löhne in den baustoffherstellenden und grobkeramischen Industrien, vor allem aber

in der Ziegelindustrie, ständen heute bereits so niedrig, daß ein weiterer Abbau nicht tragbar sei. Was tun aber die Unternehmer? Sie haben die Parole der Arbeitgebervereinigung, die Tarife mit Ablauf der durch die Dezemberverordnung festgesetzten Frist zu kündigen, fast ausnahmslos befolgt. Dabei sind von der in normalen Zeiten beschäftigten Arbeiterschaft in den Baustoff- und Grobkeramikbetrieben jetzt nur noch etwa zwei Fünftel in Arbeit, und davon arbeitet ein großer Teil verkürzt, und zwar vielfach nur 18 bis 22 Stunden pro Woche.

Man sollte glauben, daß jetzt, wo doch die Stundenlöhne gegenüber dem Höchststand bereits bis zu 30 Proz. und die Akkordlöhne bis zu 50 Proz. gekürzt sind, sich wenigstens irgendwo die verpöbte „Hebung des Wirtschaftslebens“ zeigen müßte. Statt dessen sind in der Baustoff- und Grobkeramikindustrie neue Stilllegungen erfolgt, und sie erfolgen noch weiter Tag für Tag. Wie tief müssen denn nun die Löhne eigentlich sinken, bis die Unternehmer der Baustoffindustrie wieder „rentabel“ produzieren können?

Durch Nichtverbindlichklärung gefällter Schiedssprüche haben es die staatlichen Schlichtungsstellen und auch das Reichsarbeitsministerium im vergangenen Jahr an verschiedenen Stellen verschuldet, daß in größeren Bezirken der Baustoffindustrie ein tarifloser Zustand eingetreten ist. Diesen tariflosen Zustand möchten aber die Unternehmer jetzt auf der ganzen Linie haben.

Der Heilfürsorge droht Gefahr.

Entschließung des Personals der Heilstätte Beelitz.

Eine von über 300 Personen besuchte Betriebsversammlung der Heilstätte Beelitz i. M. nahm Stellung zu der drohenden Gefahr, daß infolge der finanziellen Lage der Landesversicherungsanstalt Berlin die Heilfürsorge, die schon jetzt erheblich eingeschränkt worden ist, weitere Einschränkungen erfahren, wenn nicht gar vollständig eingestellt werden soll, was gleichbedeutend wäre mit der Schließung der Heilstätte Beelitz i. M.

Nach sachlicher Diskussion wurde nachstehende Entschließung von dem versammelten Personal der Heilstätte Beelitz einstimmig angenommen:

„Die heute, den 9. April 1932, in Beelitz i. M. Heilstätten tagende Betriebsversammlung nimmt Kenntnis von der immer kritischer werdenden Lage der Invalidenversicherung. Das un-

gehorene Ansehen der Arbeitslosen, ebenso der gewaltige Abbau der Löhne und Gehälter haben die Einnahmen der Invalidenversicherung derart vermindert, daß mit einer wesentlichen Einschränkung, evtl. mit einer völligen Einstellung der Heilfürsorge gerechnet werden muß, da in erster Linie die Sicherstellung der Renten für die Invaliden erforderlich ist. Diese unbestrittenen Tatsachen bedeuten eine ungeheure Gefahr für die gesamte Volksgesundheit und Volkswirtschaft.

Da nur ein gesundes, kräftiges Volk unsere schwer daniiederliegende Wirtschaft zum neuen Aufstieg führen kann, betrachten wir es als eine dringende Aufgabe der Reichsregierung, trotz ihrer schwierigen finanziellen Lage die erforderlichen Mittel zur Stützung der Invalidenversicherung und der damit verbundene Durchführung der Heilfürsorge bereitzustellen. Keine Regierung darf tatenlos beiseitegehen, wenn ein ganzes Volk durch Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Senkung der Löhne und Gehälter starken gesundheitlichen Schaden nimmt und durch Einstellung der notwendigen Heilfürsorge zur völligen Vernichtung geführt wird.“

„Von der Reichsbahn pensioniert.“

Zu der mit dieser Ueberschrift aus Eisenbahnerkreisen zugegangenen Nachricht in Nr. 168 des „Vorwärts“ teilt uns die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft mit, „daß es zwar richtig ist, daß der Direktor bei der Reichsbahn Bede in den Ruhestand tritt, falsch ist dagegen, daß er Direktor bei der „Mitropa“ wird.“

Wir nehmen gern davon Kenntnis, daß die von einer Seite der Beteiligten geplante Schiebung durch die Reichsbahn-Gesellschaft nicht unterjüht wurde.

Blutige Unruhen in Böhmen.

Prag, 14. April. (Eigenbericht.)

Nach den blutigen Ereignissen am Mittwoch mit zwei Toten, 30 Verwundeten und 16 Verhaftungen herrschte am Donnerstag im gesamten nordböhmischen Streifen Ruhe. In Brüx pilgerten große Menschenmengen zu der Stelle, an der am Vortage geschossen worden war. In Komotau kam es zu kleineren Zusammenstößen, die von der Gendarmarie zerstreut wurden.

Genosse Schreffel, Vorsitzender des Einheitsverbandes der Eisenbahner, schreibt uns: Im Bericht über den Verlauf des Gewerkschaftskongresses (4. Seite des Hauptblattes des „Vorwärts“, Roerenausgabe vom 14. April 1932) sind meine im Feldzug hervorgehobenen Ausführungen leider verkümmert wiedergegeben. Ich habe gesagt: In den Werkstätten, Güterböden, in der Bahnhofsunterhaltung findet ein ständiger Personellabbau trotz eingetragener Feierlichkeiten statt. Demgegenüber beträgt die Arbeitszeit im Verkehrs- und Betriebsdienst 51 bis 57 Stunden. Die Dauer der Dienstschichten, bestehend aus Arbeitszeit und Dienstbereitschaft, beträgt 57 bis 93 Stunden.“

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Freitag, 13. April, 1932, 19 Uhr, tagen die Gruppen: Eddert, Dönhofsplatz, 2. Signal auf Arbeit. — Charlottenburg: Jugendheim Spreetz, 20. Martha-John-Beimg. Heilerstr. — Köpenick: Jugendheim, Schule Sonnenburger Str. 20. Krummel — Rixdorf — Theater und die Jugend. — Kreuzberg: Jugendheim Eichenstr. 3 (am Bahnhofs Treptum). Die Wädeln gehalten den Abend aus. — Neukölln: Jugendheim Treptower Str. 91. Wir besuchten die Gruppe Hermannsplatz. — Hermannsplatz: Jugendheim Gander, Straße 11, Ecke Hohenschloßstr. Die Gewerkschaften in der gegenwärtigen Situation. (Gruppe Neukölln besucht uns.) — Oßensee: Jugendheim Frankfurter Allee 107 (Wass-Zimmer). Das lustige Buch. — Die lustige Schallplatte. — Juppelplatz: Jugendheim Lützen Str. 20. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Krieges zwischen Japan und China. — Reinickendorf: Jugendheim Althaus Str. 20 (Walden). Tarifvertrag und Schlichtungsmittel. — Wilmersdorf: Jugendheim Althaus, Althausstr. 1. Ehrenabend. — Kreis Oberkreuz: Ehrenabend im Althaus, Althausstr. 1. — Flughafen: Jugendheim Rixdorf, Weg 68. Ehrenabend: Die Isten aus „Schick“.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Freitag, haben folgende Veranstaltungen statt: Eddert: Jugendheim Dönhofsplatz, 2. Signal auf Arbeit. — Köpenick: Romantischer Verkaufszentrum G. m. S. S. Geschäftsstunden von 10 bis 22 Uhr in der Eddertstraße, Wilmersdorf. — Berliner Deutscher und Verlagsverlag G. m. S. S. Geschäftsstunden von 10 bis 22 Uhr im Jugendheim Charlottenburg 12. — Unsere Photographie tagt von 18 1/2 bis 22 Uhr im Reichsbahnhaus, Zimmer 24. — Heute findet um 20 Uhr im Verbandsklub die Mitgliederversammlung der Sportabteilung statt.

Gewerkschaftlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelböden; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freizeitsport: Fr. John Schilmski; Politik und Gewerkschaft: Frau Karstadt; Anzeigen: Th. Glaser; Wirtschaft in Berlin: Freitag: Formelverlag G. m. S. S. Berlin. Druck: Formelverlag-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin S.O. 61. Lindenstraße 2. Siegen 2. Beilagen.

Obst

- Apfelsinen und Zitronen 3 Pfd. 46 Pfd.
- Smyrnaisinen Pfund 0,28
- Jaffa-Orangen 3 Pfund 0,68
- Bananen 3 Pfund 0,92
- Kaliforn. Tafeläpfel . 3 Pfund 0,98

Wurst

- Hausmacher-Sülze Pfd. 38 Pfd.
- Fleisch- u. Dampfurst Pfund 0,68
- Landleberwurst Pfund 1,05 0,78
- Jagdwurst Pfund 0,95 0,80
- Wiener Würstchen . . Pfund 0,88
- Feine Leberwurst Pfd. 1,18 0,98
- Zervelat u. Salami Pfd. 1,10 0,98
- Schinkenpolnische u. Kammwurst 0,98
- Teewurst keine und grobe, Pfund 1,14
- Zervelat i. Feud. u. Filetwurst 1,22
- Speck fett. Pfd. 0,66 mager. Pfund 0,84
- Pökelfleisch gek. in Stücken Pfund 0,98
- Schinken gekocht 1/4 0,32 roh 1/4 0,40

Käse

- Camembert vollf. (Holzm.) 20 Pfd.
- Harzerkäse ca. 1-Pfund-Paket 0,28
- Limburgerkäse vollf. 0,74 halbf. 0,44
- Emmentaler Art Schmelz 6 Stück 0,48
- Blockkäse (Tilsiter Art) halbf., Pfd. 0,56
- Briekäse u. Dän. Schweizer 0,58
- Edamer u. Holländer vollf. 0,66
- Tilsiter u. Steinbuscher vollf. 0,68
- Margarine, Kokosfett Pfund 0,32
- Roh- u. Bratenschmalz Pfd. 0,39
- Molkeributter Pfund 1,24
- Mörkenbutter Pfund 1,40

WERTHEIM

Zusendung von 5 M an Leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt.

Billige Lebensmittel

Fische

- Kabeljau, Seelechts o. Kopf 12 Pfd.
- Kabeljaufilet Pfund 0,16
- Rothbars ohne Kopf Pfund 0,25
- Schellfisch Pfund 0,26
- Grüne Heringe halbf. 3 Pfund 0,34
- Bratschollen 3 Pfund 0,35
- Frischer Zander Pfund 0,40
- Frische Bleie 3 Pfund 0,32
- Lebende Plötzen Pfund 0,28
- Leb. Schleie u. Karpfen Pfd. 0,58
- Lebende Hechte Pfund 0,65 0,75

Räucherwaren

- Bücklinge Pfund 24 Pfd.
- Sprossen Pfund 0,24
- Seeachs u. Schellfisch Pfund 0,28
- Makrelen u. Flundern Pfund 0,28
- Fleckerlinge Pfund 0,38
- Spickaal Pfund 1,60 Bund 0,36
- Matfesheringe 3 Stück 0,25
- Fischmarinad. 1/2 Dose 0,38 1/2 Dose 0,60
- Feitheringe in Öl u. Tomaten 2 Dosen 0,70

Frisches Fleisch

- Mastochsen-Suppenfleisch 0,40
- Mastochsen-Schmorfl. o. Ka 0,64
- Mastochsen-Roulade Pfund 0,88
- Schweinebauch Pfund 0,54
- Schweineschulter Pfund 0,58
- Kablerkamm u. -Schuff Pfund 0,74
- la Berliner Bratwurst Pfund 0,78
- Ochsentalg frisch ausgeg. auch roh 0,15
- Bratf. Fett 0,44 Gehacktes 0,50
- Schweineschmalz gar. rein, Pfd. 0,35
- Schweineköpfe frisch u. gepökelt 0,30

Kaibshaxe Pfund 28 Pfd.

Kalbshaxe Pfund 34 Pfd.

Kalbshaxe Pfund 44 Pfd.

Kalbshaxe Pfund 48 Pfd.

Kalbshaxe Pfund 60 Pfd.

Kaffee frisch gebrannt Pfund von an 1,80

Geflügel

- Gänse gefror. Pfund 48 Pfd.
- Hühner frisch Pfund 0,76
- Wolghühner gefror. Pfund 0,55
- Tauben Stück 0,68
- Eier 10 Stück 0,54
- Hirschfleisch Blatt Rücken Keule Pfund 0,56 0,76 0,96

Konserven

- Schnitt- u. Brackbohnen I. 0,48 junge 42 Pfd.
- Erbsen fein 1,05 junge 0,58
- Kaiserschoten 1,30
- Gemischtes Gemüse mittelfein 0,98
- Stg.-Spargel stark 1,90 50/60 1,50
- Pfifferlinge I 1,30 Sellerie 0,60
- Apfelmus 0,45 extrafein 0,55
- Erdbeeren 0,98 Pflaumen 0,58
- Pfirsiche halbf. 1/2 Frucht 1,15
- Frischobst-Marmelade 0,68
- Kirsch-Konfit. 0,65 Pflaum. 0,58
- Aprikosen, Orang.-Konfit. 1,10

Gemüse

- Grüne Gurken Stück v. an 22 Pfd.
- Salat 2 große Köpfe 0,25
- Blattspinat 3 Pfund 0,32
- Blumenkohl Kopf von an 0,25
- Radieschen 3 Bund 0,20
- Malta-Karoffeln 3 Pfund 0,38

Kolonialwaren

- Eier-Schnittmadeln Pfd. 38 Pfd.
- Reis Pfund 0,14 0,21 Druck 0,12
- Haferflocken Pfund 0,24
- Hartgrieß Pfund 0,28 0,29
- Vikt.-Erbsen 0,17 0,22 pot. 0,28
- Bohnen u. Linsen Pfund 0,12 0,18
- Makkaroni Broch Pfund 0,40 0,46
- Spaghetti Pfund 0,65 0,78
- Pflaumen halbf. Pfd. 0,24 0,35 0,42
- Buckobst gemischt 0,36 0,58 0,78
- Anrikosen ka 1/2 Pfd. 0,60 0,72 0,98
- Königskuchen 0,48
- mit Ananas 0,54 mit Schokol. u. Rosinen 0,56
- Mohnstolle 0,48

Wein

- 1931 Wülsteiner 55 Pfd.
- 1931 Welener Riesling 0,68
- 1930 Mesenicher Königsbg. 0,90
- 1929 Bodenhm. Burgweg 1,10
- 1929 Altenbamb. 1,25
- 1930 Wehlener Rosenberg 1,30
- 1928 Uerziger Würzgeren 1,70
- 1925 Chäl. La Tour-Berdis 1,25
- Maikammerer La. 0,77 s. La. 3,60
- Wermut deutsch. La. 1,03 s. La. 4,75

Stadtverordnele gegen Lohndruck

Beschluß des Stadtgemeindefausschusses / Vor der Etatberatung

Das wichtigste Ergebnis der gestrigen Beratungen des Stadtgemeindefausschusses im Rathaus war die Annahme des von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion gestellten Dringlichkeitsantrages der die sofortige Zurücknahme der ausgesprochenen Kündigungen sämtlicher Lohn- und Mantelarbeiter sowie Arbeitszeitabkommen für die Arbeiter und Angestellten der Berliner Gemeindefabrik, Verwaltungen, sowie städtischen Gesellschaften fordert. Die Kündigungen, über deren Auswirkungen wir mehrfach geschrieben haben, — auch heute finden unsere Leser im Gewerkschaftsteil eine ausführliche Darstellung der geführten Verhandlungen — waren auf Veranlassung des Reichsverbandes kommunistischer und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands e. V. getroffen worden. Der Stadtgemeindefausschuss stellte sich gestern einmütig hinter die sozialdemokratische Forderung auf Zurückziehung der Kündigungen. Im Jager der Stadtverordnetenversammlung wurde gestern bekannt, daß die nächste Stadtverordnetenversammlung am 28. April stattfinden wird. In dieser Sitzung wird der Stadtkämmerer den neuen Haushaltsplan für 1932 einbringen.

Auf der Tagesordnung des Stadtgemeindefausschusses stand somit noch eine große Anzahl kleinerer Vorlagen zur Beschlußfassung, die sich zum größten Teil mit der Festlegung von Haushaltsplänen und Bauungsplänen beschäftigten. Sämtliche Grundstücksvorlagen wurden in der Form, wie sie Bürgermeister Dr. Gissas für den Städtebauausschuss vorgelegt hatte, angenommen.

Am Ausschuss waren nach dem Vorschlag der sozialdemokratischen Fraktion neue Richtlinien für die Unterstützung der Blinden beschlossen worden. In dem Ausschussbeschluss heißt es, daß der Oberbürgermeister bis zum Beginn der Haushaltsberatung die Bezirksämter nochmals ersichtlich zur Beachtung der Bestimmungen über die ausreichende Unterstützung der Blinden anweisen soll und daß die Richtlinien für die Blindenfürsorge dahin zu ergänzen seien, daß bei hilfsbedürftigen Blinden die Gewährung des Frauenzuschlages nicht von der Erwerbsfähigkeit der Ehefrau abhängig gemacht werden darf und daß auf Antrag und nach Prüfung der besonderen Umstände den erwerbslosen

Blinde oder erblindeten Ehefrauen ein Führerhund gewährt werden kann. Auch diese Vorlage wurde in der Fassung des Ausschusses — Vertretterhatter war Bürgermeister Lange, vom Stadtgemeindefausschuss genehmigt.

Sahm und Asch bei Brüning.

Berlin bedarf dringend finanzieller Hilfe!

Reichskanzler Dr. Brüning empfing gestern den Oberbürgermeister von Berlin Dr. Sahm in Begleitung des Stadtkämmerers Asch, die ihm über die finanzielle Notlage der Reichshauptstadt Bericht erstatteten.

Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß gegenüber dem Reichskanzler kein Zweifel darüber gelassen wurde, daß die Stadt Berlin nicht mehr in der Lage ist, die dauernd anwachsenden Lasten für die Wahlfahrtserwerblosen aus eigener Kraft zu tragen. Nachdem das Reich allen anderen Stellen Unterstützung gewährt hat, muß es den zusammenbrechenden Gemeinden nun endlich wirksame Hilfe erteilen.

Der Oberbürgermeister dankt.

Im Städtischen Nachrichtendienst veröffentlicht der Oberbürgermeister folgende Dankagung: „Am vergangenen Sonntag haben sich wiederum zehntausend Berliner Bürgerinnen und Bürger uneigennützig in den Dienst der Allgemeinheit gestellt, um auch den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl durchführen zu helfen. Im Namen der Stadt spreche ich allen in den Abstimmungsstellen als Abstimmungsleiter, Abstimmungsleiterassistenten, Beisitzer und Schriftführer ehrenamtlich tätig gewesenen Damen und Herren, besonders denjenigen, die schon am ersten Wahlgang diese Ehrenämter ausgeübt haben, meinen verbindlichsten Dank aus.“

Das Drama im Tegeler Forst.

Vernehmung des Ehemannes / Die Frau bestätigt Ausfagen

In den gestrigen Nachmittagsstunden war es möglich, den Ehemann der Frau Ella Martens, die beide in den frühen Morgenstunden in einem Wartehäuschen im Tegeler Forst aufgefunden wurden, zu vernehmen. Während Frau Martens mit schwarzen Verletzungen im Paul-Gerhard-Stift lag, begann das Verhör ihres Mannes.

Waldemar Martens war völlig zusammengebrochen. Er schilderte die Vorgänge in dem Wartehaus der Straßenbahn „An der Gabelung“ folgendermaßen: Er war dort mit seiner Frau in den frühen Morgenstunden — etwa nach 2 Uhr — aus Berlin angekommen. Sie sahen beide überglücklich, was sie tun sollten. Waldemar M. wurde jetzt von seiner Frau aufgeführt erst sie und dann sich zu erziehen, weigerte sich aber, da er Angst vor dem Tode hatte. In dieser Angst legte er seine Pistole auf die Bank und rannte fort. Kaum war er einige Schritte gelaufen, als er auch schon das Krachen eines Schusses hörte. Er drehte sich sofort um und rannte zurück. In dem Wartehäuschen fand er dann

auch seine Frau in einer großen Blutlache auf. Er dachte gar nicht daran, Hilfe herbeizurufen, sondern kniete vor seiner Frau nieder und verbrachte so die ganze Zeit, bis sie beide von Arbeitern aufgefunden wurden.

In den gestrigen Mittagsstunden war Frau Ella M. zum ersten Male wieder aus ihrer Bewußtlosigkeit erwacht, so daß man sie ganz kurz vernahmen konnte. In ihren Ausfagen gab sie die selbe Darstellung wie ihr Mann sie gegeben hatte. Waldemar M. wurde in Polizeigewahrsam behalten.

Steht zur Partei der Arbeit!

Alle Stimmen der Liste 1: Wählt Sozialdemokraten!



Aus dem Russischen übertragen von Werner Bergengruen.

Im Lauf seines Gewehrs fanden sich winzige dunkle Punkte, dagegen fehlte jene seine Waplerische, die das Schießen mit Wapleratronen zu hinterlassen pflegt.

Nikitin und die drei der Beihilfe Verdächtigen wurden nach Wladimostok abtransportiert und dem Militärprokureur übergeben.

Sie hätten die Todesstrafe verdient.

Sonderbarerweise war im Regiment von diesem Vorfalle wenig die Rede. Es war, als zögen die Leute es vor, die ganze Geschichte schweigend mit sich selbst abzumachen. Vielleicht ließ die Ermordung dieses alten Halunken sie alle kalt. Es war aber auch, als begriffe niemand so recht den Heroismus des Unteroffiziers Nikitin, der sich als einziger gegen die Brutalität des Feldwebels erhob und zwei oder drei Monate vor seiner Entlassung sein Leben hingegeben hatte, um die maßlosen Leiden seiner Kameraden zu rächen.

Bald sollte sich im Leben des Regiments vieles ändern. Wir erfuhrten, freilich mit einer Verzögerung von mehreren Tagen, daß Deutschland und Oesterreich Rußland den Krieg erklärt hatten. Diese Nachricht machte zunächst keinen sehr großen Eindruck. Wir waren mehrere zehntausend Meilen vom Kriegsschauplatz entfernt, und ein Abtransport dahin erschien uns unmöglich. Die Offiziere erklärten die deutschen und österreichischen Streitkräfte im Vergleich mit den russischen, französischen, belgischen und englischen für so geringfügig, daß der Krieg in zwei bis drei Monaten zu Ende sein müsse. An einen Abtransport der fernöstlichen Truppen an die Front sei überhaupt nicht zu denken.

Wir machten uns schon zum Rückmarsch in die Winterquartiere bereit. Die Disziplin hatte sich wie mit einem Schläge merklich gelockert. Der Dienst wurde eingeschränkt, die Offiziere bekamen wir leitender zu sehen, die niedrigeren Vorgesetzten waren ruhiger. Nur in den Kantinen wurde mit größter Intensität gearbeitet, immer neue Befehle, An-

ordnungen, Bekanntmachungen, Warnungen und Verbote mußten hinausgehen.

Kaum waren wir in die Winterquartiere zurückgekehrt, als sich die Neuigkeit verbreitete, das erste sibirische Schützenkorps solle auf den Kriegsschauplatz gehen. Wir entnahmen verschiedenen Regimentsbefehlen, einigen Verfügungen wirtschaftlicher Natur und privaten Besprechungen mit Offizieren, daß das Korps noch im Laufe des August verladen werden sollte.

Allmählich schloß der Dienst gänzlich ein. Ein großer Teil des Tages wurde mit dem Ordnen wirtschaftlicher Angelegenheiten ausgefüllt. Allerhand Kompagnieeigentum wurde auf Kammer abgegeben. Wir empfingen Felduniformen, lieferten die Gewehre zum Durchsehen an die Waffenmeister ab, mußten alles zur Mitnahme ins Feld Bestimmte in Ballen und Kisten verpacken.

Das Regiment war etwa zweitausend Mann stark, und der Erfatz, der unterwegs zu uns stoßen sollte, machte ein weiteres Tausend aus. Die Bagage war ungeheuer. In allen Höfen standen hunderte von zweirädrigen Karren zum Transport von Lebensmitteln, Fournage, Munition, Sanitätsbedarf, Bekleidungsstücken, Schreibstuhenzubehör und dergleichen, dazu Hunderte von Bagage- und Gefechtsperden für die Offiziere. Feldküchen und zwispännige Fuhrer reichten sich unabhäbar aneinander, von Wagenplanen überdacht. All das unterstand dem Kommandeur der Wirtschaftsabteilung und dem Kommandeur der Arbeitskompanie und gliederte sich in Gefechtsbagage und große Bagage.

Und solche Regimenter, mit so schwer beweglichem und gewaltigen Ballast, mit so ungeheuerlichem lebenden und toten Inventar wälzten sich von allen Ecken und Enden Rußlands her in riesiger Menge auf die Front zu. Sibirien allein entfaltete mehrere Armeekorps zu je acht Regimentern, außerdem noch Artillerie, Kavallerie, Sappeure und Kosaken. Was für eine Reismenge an rollendem Material war erforderlich, wenn schon ein einziges Regiment eine so beträchtliche Kette von Eisenbahnzügen füllte! Und was für gewaltige Entfernungen waren zu überwinden!

Tjurin bekam einen Brief aus seinem Heimatdorf. Da er keinem anderen so sehr vertraute wie mir, suchte er mich lange, und als er mich endlich gefunden hatte, schleppte er mich in den Barten, wo ich ihm den Brief vorlesen mußte:

„Bei gegrüßt. Ueber Kolenka, du unserer taurer Sohn nimm unseren älterlichen Segen in Empfang und ebenso was die Großmutter Anissa ist und gestern ist unser Stepan einzogogen worden ist und was die Katja ist, ist mit ihm bis zur Stadt gefahren dann haben sie noch den Tichon Kitandrow

Lokaltermin bei Salaban.

Ein vielseitiger Geldfälscher: Die „Zwei-Seelen-Theorie“, das Filmanuscript und das perpetuum mobile.

In der Villa des Fälschmünzers Dr. Salaban in der Potsdamer Str. 61, in Berlin-Dahlemer-West, fand gestern mittag auf Veranlassung des Untersuchungsrichters der Staatsanwaltschaft II ein Lokaltermin statt, an dem der Gerichtsarzt, Medizinalrat Dr. Stürmer, und Professor Panzer, der Leiter der Irrenanstalt Wittenerau, in der Dr. Salaban sich gegenwärtig zur Beobachtung seines Geisteszustandes befindet, neben dem Leiter der Fälschergeldabteilung im Polizeipräsidium, Kriminalkommissar v. Diebermann und dem Verteidiger der angeklagten Eheleute Salaban, Rechtsanwalt Dr. Julius Weger teilnahmen. Da der Termin von sämtlichen Beteiligten streng geheim gehalten worden war, hatten sich vor der Fälschmünzerrilla nur wenige Neugierige eingefunden.

Man besichtigte zunächst die Kellerräume, in denen Dr. Salaban seine Fälschmünzerrilla eingerichtet hatte. Es wurde dabei festgestellt, daß sich in dem Keller ein Zimmer befand, dessen Tür völlig mit Naganen verdeckt war, und dessen Vorhandensein außer Dr. Salaban angeblich keinem der anderen Hausbewohner bekannt gewesen ist. Dann wurde die Bibliothek Dr. Salabans in Augenschein genommen, die sich vorwiegend aus juristischen und philosophischen Schriften zusammensetzt. Einen beträchtlichen Teil der Bücherlei machten die von Dr. Salaban selbst verfaßten und herausgegebenen rechtswissenschaftlichen Werke aus. Auf Veranlassung der medizinischen Sachverständigen wurden mehrere Schriften, in die sich mit Wechselprozessen und ähnlichen Themen befaßten, besichtigt. Auf Anregung des Verteidigers wurde ferner der Sodenrum besichtigt, wo man eine merkwürdige Erfindung machte. In dem Bodenversatz fand man nämlich verschiedens eigenartig aussehende Gegenstände, die sich, wie der nähere Augenschein ergab, als Modelle für ein perpetuum mobile entpuppten, an denen Dr. Salaban, wie durch Nachfrage festgestellt wurde, in der letzten Zeit intensiv gearbeitet hatte. Verschiedens Manuscripte, die Dr. Salaban im letzten Jahre verfaßt hatte, nämlich eine philosophische Abhandlung über eine Zwei-Seelen-Theorie, sowie ein Filmanuscript mit dem beziehungsreichen Titel „Der Staatsanwalt“, wurden trotz eifriger Suchens nicht aufgefunden. Der Lokaltermin in der sehr geräumigen und luxuriös eingerichteten Villa dauerte mehrere Stunden. Ueber das Ergebnis wurde schließlich ein umfangreiches Protokoll durch den Untersuchungsrichter und den Gerichtsschreiber aufgenommen.

Katastrophe bei einem Neubau.

Columbia (Ohio), 14. April.

Zu dem im Bau begriffenen neuen staatlichen Bürogebäude, das sechs Millionen Dollar kostet, ereignete sich eine schwere Explosion. Eine Wand wurde herausgedrückt, drei Personen wurden getötet, 20 verletzt. Zahlreiche Personen sollen noch unter den Trümmern liegen.

Dreißig Mann unter den Trümmern!

Man vermutet, daß die Explosion im Bürogebäude in Columbus auf die Entzündung der im Erdgeschosse angebrachten Wassergase zurückzuführen ist. Die Feuerwehreinheiten befürchten, daß wenig Hoffnung besteht, die unter den Trümmern Vergrabenen, deren Zahl auf dreißig geschätzt wird, zu retten. Zur Zeit der Explosion befanden sich 126 Menschen im Gebäude.

Wetterausfichten für Berlin: Meist trübe und vielstich regnerisch, Temperaturen im ganzen wenig verändert. — Für Deutschland: Nur im Küstengebiet teilweise heiter, im übrigen Reich vorwiegend bedeckt, besonders im Süden und Südosten anhaltende Regenfälle.

und Onkel Frem seinen Banjuscha genommen und überhaupt nehmen sie alles was sie kriegen Gott soll dich bewahren unserm lieben Sohn und möchte die Gnade haben nicht alle Söhne von Hause fort und bleiben die Weiber zurück und niemand für die Arbeit und wir weinen immer wegen dir und Stepuschka alle Deutsche sind Teufel und zwei Kubel schick wir auch und beien zum Harigot wegen unsere Kinder und Anissa grüßt die Alte ist immer krank vom Herzen neulich kam die Bevatterin zu weinen wegen keine Nachricht von Peter schreibe du uns ist keine große Sache zu schreiben und behalte dich die Mutter Gottes Himmelskönigin und dann grüßt dich noch taurer Sohn von Herzen unser Nikolaj Petrowitsch hiernit auf Wiedersehen von deinen lieben Eltern.“

Als ich fertig war, fing Tjurin bitterlich an zu weinen und veruchte vergeblich mit seinen schwimmenden Augen das elterliche Getriebe durchzubuchstabieren; schließlich ließ er sich von mir den Brief noch einmal vorlesen.

Jeden Tag hatte ich eine ganze Reihe solcher Briefe zu lesen, die plötzlich von weither, aus der Ukraine und den mittelrussischen Gouvernements eintrafen.

Ich mußte auch die Antwortbriefe verfassen, was eine sehr schwierige Arbeit war.

Tschalka löste seinen kleinen Haushalt auf. Ein Teil seiner Möbel wurde bei Bekannten abgestellt, andere kamen auf Kammer. Seinen einen Hund verschenkte er, den anderen wollte er mit sich nehmen; Jagdflinten und Wälder schickte er, in Kisten verpackt, auf Kammer. Bei mir bestellte er ein halbes Duzend Abschiedsgebichte, die auf unsere spezielle Situation Bezug nehmen mußten. Ich lieferte sie ihm prompt ab.

Endlich kam der Tag des Aufbruchs. Vom frühen Morgen an rollten in unendlicher Reihe die Bagagewagen, Karren, Feldküchen, Fuhrer mit Ferkeln zum Bahnhof, dazu Pferde und Vieh. Die Straßen waren erfüllt vom Lärm, Gerassel, Staub, Gemieher und Viehgebrüll.

Unser Bataillon ist angestreut. Wir sind bepackt bis an die Grenze der Möglichkeit. Außer der gewöhnlichen Ausrüstung, bestehend aus dem über die Brust gerollten Mantel, Spaten, zwei Patronentaschen, wassergefüllte Feldflasche, Kochgeschirr und dem großen Rucksack haben wir noch Pakete und Säcke mit den Heberresten unserer sonstigen Habgütern bei uns. Der prallgefüllte Rucksack kann unmöglich alles aufnehmen, was mit muß. Man braucht einen Vorrat an Wäsche, Handtuch, Seife, Büffel, Trinkbecher, Tee, Zucker und sonst allerhand Kleinrat, ohne das man nicht einen Tag lang auskommt. Die Soldaten sehen eher wie schwerbeladene Packesel aus als wie behende Kriegsteute. (Korff, folgt.)

Kampfstimmung überall!

Aufhäuser spricht vor den Kaufhaus-Angestellten.

Zum zweiten Male seit der Bildung der Eisernen Front war die Arbeiter- und Angestelltenchaft der Kaufhäuser der Berliner City zu einer Kundgebung aufgerufen worden, um sich öffentlich zur republikanischen Staatsform zu bekennen. Die gestrige Veranstaltung in den Arminiasälen, die einen noch viel stärkeren Besuch aufwies, als die erste Kundgebung der Angestellten und Arbeiter der Kaufhäuser des Zentrums anlässlich der Reichspräsidentenwahl, diente der Mobilisierung zum Preußenwahlkampf. In einem ausgezeichneten Referat legte Genosse Aufhäuser den Verhältnissen dar, wie verlogen in dem Kampf um die Macht in Preußen die Agitation der Nationalsozialisten wieder einmal ist. Auch im Preußenwahlkampf machen die Nazis für die grenzenlose Not der arbeitenden und arbeitslosen Massen das politische „System“, die republikanische Staatsform verantwortlich, während in Wahrheit an dem unglücklichen Elend das privatkapitalistische Wirtschaftssystem die Hauptschuld trägt. Nach dem Mißerfolg am 10. April legt Hitler jetzt die ganze Hoffnung auf Preußen. Die Nazis wollen das alte Preußen der Vorkriegszeit und des Dreiklassenwahlrechts wieder errichten. Das bedeutet völlige Entrechtung der Arbeiterschaft. Der Kampf gegen das Preußen Braun-Severings ist in Wirklichkeit ein Kampf gegen die vorwärtsstrebende Arbeiterschaft in Preußen. Die Arbeiter und Angestellten stehen am 24. April vor der Entscheidung: Entweder vorwärts oder zurück. Der 10. April hat gezeigt, daß Hitler nicht zur Macht kommt, wenn es die Arbeiter und Angestellten nicht wollen. Der 24. April muß auch in Preußen zeigen, daß die Arbeiter und Angestellten kein Hitlerpreußen wollen.

Die von starker Kampfbegeisterung erfüllte Kundgebung wurde wirkungsvoll umrahmt durch politisch-satirische Darbietungen der Spielgruppe der S.V. Lichtenberg „Rote Funke“

Glänzende Kundgebung in Lichtenberg.

Die Lichtenberger Sozialdemokraten eröffneten den Wahlkampf um Preußen mit einer überfüllten, glänzend verlaufenen Kundgebung, an der über 1500 Frauen und Männer teilnahmen. Die Redner Dr. Lohmann und Dr. Wischer zeigten in zwei sich herausragend ergänzenden Referaten die hohe Bedeutung der Wahl vom 24. April. Es geht an diesem Tag um mehr als nur um die Macht in Preußen, es geht um die Erhaltung der elementarsten, in opferreichen Kämpfen errungenen Arbeiterrechte. Das Preußen der Rechtslosigkeit und des Dreiklassenwahlrechts darf nicht wiederkommen. Die Redner riefen die Versammlung auf, die Kampfkraft der Sozialdemokratie bis zum Wahltag auf höchste zu steigern, um ein freibewusstes demokratisches Preußen zu erhalten. Die glänzende Kundgebung, die an Stelle des erkrankten Kreisvorsitzenden Genossen Thurm von dem Genossen Laaczig geleitet wurde, hatte durch Darbietungen des Reichsbanners und der Arbeiterjugend wirkungsvolle Umrahmung erhalten.

Schupoletnant schwer verunglückt!

Selbstentladung der Dienstpistole.

In der Polizeiuferkante „Staatsminister Orzesinski“ in der Prinz-Friedrich-Karl-Straße ereignete sich gestern ein seltsamer folgenschwerer Unfall, bei dem der Schupoletnant Uhlmann schwer verletzt wurde.

Der Polizeioffizier betrat um 12.25 Uhr sein Zimmer und schnalzte seinen Leib- und Schulterriemen, an dem die Revolvertasche mit der Dienstpistole befestigt ist, ab. Der Verschluß der Revolvertasche muß sich unbemerkt geöffnet haben, denn die entzündete Pistole fiel heraus und schlug so unglücklich auf den Boden, daß sich die Waffe entzündete. Ein Schuß ging los und die Kugel traf Uhlmann in das Rücken. Schwer verletzt wurde er in das Staatskrankenhaus nach der Schornhorststraße gebracht. Dort stellten die Ärzte einen Beckendurchschuß fest. Man glaubte anfangs, daß der Unfall mit dem Aufmarsch der Schupo-Wache, die jeden Donnerstag mit Musik zum Brandenburger Tor zieht, in Zusammenhang stand. Wie wir jedoch aus der Polizeispektion erfahren, hatte der verunglückte Schupooffizier mit dem Paradeaufmarsch überhaupt nichts zu tun.

20 Nazis über einen Jugendgenossen.

Werbesflugblätter der Arbeiterjugend geraubt.

Am Mittwochnachmittag um 5 Uhr ging ein Jugendgenosse die Greifswalder Straße entlang. Er hatte 300 Werbesflugblätter für die S.V. abgeholt, sie in seine Aktentasche gesteckt, ein Flugblatt jedoch in der Hand behalten, um es beim Gehen zu lesen. Plötzlich sah er sich von einer Nazihorde umringt — nach seiner Schätzung etwa 20 Burschen —, die ihn fragten, was er da lese, ihm die Tasche entrißen und die Flugblätter vernichteten. Nach dieser „Heidenia!“ begaben sich die Herrschaften in die „Angriff“-Filiale in der Elbinger Straße, verschwanden jedoch bald wieder einzeln und drohten, den jugendlichen niederzuschlagen, falls er sie weiter beobachte.

Notruf aus Caputh.

Der Existenzkampf der Obstzüchter und der „Naturschutz“. — Eine Gemeinde am Ende

Die weitbekannte Obstzüchergemeinde Caputh befindet sich in außerordentlichen Schwierigkeiten. Die idyllisch am Schwielowsee gelegene Gemeinde zählt 3500 Einwohner. Das sind teils hauptberufliche Obstzüchter, teils Handwerker, die nach Berlin auf Arbeit gingen und nebenberuflich einen oder anderthalb Morgen Obstland bewirtschafteten. Vornehmlich sind es Bauarbeiter, die sich seit Jahren in Caputh angesiedelt haben. Kaum einer von ihnen hat mehr Arbeit; auf dem Nachweis in Caputh sitzen 500 Männer. Sie sind fast alle verheiratet, und wenn man die Angehörigen hinzurechnet, dann ergibt sich, daß die halbe Gemeinde auf Unterstützung angewiesen ist. 174 Erwerbslose müssen bereits aus Wohlfahrtsmitteln unterstützt werden, es ist klar, daß unter solchen Umständen selbst die reichste Gemeindefasse einmal leer sein muß.

Die finanzielle Situation der Gemeinde ist insofern noch unglücklicher, als die 1000 Häuser Capuths über eine Länge von sechs Kilometern verstreut liegen, so daß die Gemeinde den Schuldendienst für ein 30 Kilometer langes Straßennetz zu tragen hat. Diese Schwierigkeiten werden noch verschärft durch eine andere Tatsache. Von den 1200 bis 1500 Morgen Obstland, das in Caputh bewirtschaftet wird, gehören etwa 700 Morgen dem Rittergutsbesitzer Herrn von Willich. Diese 700 Morgen sind parzelliert und waren bislang an die Obstzüchter verpachtet. Der Morgen Obstland kostete etwa 80 bis 180 Mark Pacht im Jahr. War nun an sich diese Summe schon außerordentlich hoch — so hoch, daß dadurch die Existenz des Pächters in Frage gestellt wurde —, so hat obendrein der Herr von Willich plötzlich beschloffen, die ablaufenden Pachtkontrakte nicht mehr zu verlängern. Es geht das Gerücht um, daß der Herr von Willich das Obstland der Bewahrung erschließen will. Man muß hierzu bedenken, daß noch im Vorjahr für einen einzigen Quadratmeter unten am Ufer des Schwielowsees gelegenen Caputher Landes 15 Mark verlangt wurden. Über abgesehen davon ist der Kirchbaumbestand auf dem Willichschen Gelände teilweise bereits fünfzig Jahre alt, so daß nützherrliche Erträge ohne dies kaum noch zu erzielen sind.

Die Leute weisen selbst den Weg zur Rettung.

Für jeden Einsichtigen ist es also klar, daß die zugespitzten Verhältnisse in Caputh eine eindeutige Entscheidung verlangen. Diese Entscheidung ist von der in Caputh führenden Sozialdemokratie in die Wege geleitet worden. Aus den Reihen der Arbeiterschaft hat sich eine Obstbaukommission konstituiert, die zusammen mit dem Gemeindevorstand beim preussischen Landwirtschaftsministerium vorstellig wurde. Der Gemeindevorstand, Genosse Sydow, entwickelte hier ein durchgreifendes Arbeitsbeschaffungsprogramm für Caputh. Man hat als Erfolg für das Willichsche Gelände um Bereitstellung von fiskalischem Gelände, und erteillicherweise erklärte sich das preussische Landwirtschaftsministerium auch bereit, als erstes 265 Morgen Staatsforst für Zwecke des Obstbaus der Gemeinde Caputh zur Verfügung zu stellen. Vor mehr als 20 Jahren hatte der Fiskus schon einmal 320 Morgen Forst für Obstkulturen abgetreten, für die der

Fiskus 30 bis 60 Mark Pacht pro Morgen und Jahr von den Caputher Obstzüchtern verlangt.

Nun hat das Geheimnis des Caputher Obstreichturns drei Gründe: den dem Kirchbaum zuträglichen Boden, dem hügeligen Gelände, an dessen Südhängen die Kirichen besonders gut gedeihen, und dem warmen, feuchten Wind, der von den Havelseen herübergetragen wird. Leider liegt das feinerzeit abgetretene Gelände in einem Taltefl, und der so notwendige warme, feuchte Wind bleibt schon vorher in den Bäumen hängen. Deshalb sollen die neuen 265 Morgen, die die Forstverwaltung geben will, zwischen diesen Taltefl über die Bahnlinie Caputh-Berlin hinaus bis zum Schwielowsee gelegt werden. Es würde also gewissermaßen ein breiter Korridor geschaffen werden. Dieser würde noch immer längst nicht genügen, haben doch 204 Bauarbeiter und 23 hauptberufliche Obstzüchter bereits 494 Morgen Obstland beantragt, aber mit 265 Morgen kann man bereits auch schon arbeiten, und vor allem hätten die alten 320 Morgen dann die nötige Luftzufuhr.

Alles wäre gut, wenn nicht Caputh innerhalb eines Acht Kilometergürtels liegen würde, der von Potsdam aus rechnet und diese ganze Zone unter Naturschutz fällt. Dem darüber, ob in Caputh ein Baum geschlagen wird, hat noch der Naturschutzring Berlin-Brandenburg zu befinden, der dem Regierungspräsidium in Potsdam keine Vorschläge macht. Nun ist keine Rede davon, daß auch nur ein Quadratmeter Uferweg weggenommen werden soll, alle Badestellen bleiben, die Krähenberge mit ihrem herrlichen Ausblick ins Havelland bleiben unberührt, und dann sind immer noch tausende Morgen Wald rings um Caputh, in denen sich die Berliner nach Herzenslust tummeln können. Niemals würde auch die Gemeindevertretung von Caputh einer Maßnahme zustimmen, die auch nur einen Ausflügler Caputh verlassen könnte. Jeder Fremde läßt ein paar Groschen in Caputh. Aber gerade eine entscheidende Idee Wald am Schwielowsee will die Naturschutzkommission nicht hergeben. Und ein erbitterter Kampf hebt an.

Die Dinge liegen in Caputh so wie fast überall: die Väter lassen ihre Jungen ein Handwerk lernen, und wenn die jungen Menschen ausgelernet haben, bringen sie mit dem Lehrzeugnis gleich die Stempelkarte ins Haus. Neulich lernten sechs Caputher aus, und alle sitzen sie zu Hause. Da griff die Gemeindevertretung ein — der Kreis Juch-Beitz gab auch ein paar Mark dazu — und schickte die Jungen, die als Maurer oder Schlosser vorläufig keine Arbeit finden werden, kurzerhand auf die Obstbauerschule nach Werder. Vor ein paar Tagen haben wir die Jungen schon fleißig und vergnügt in den Obstgärten arbeiten. Auch die arbeitslosen Caputher Handwerker sollen demnächst gründlich umgeschult werden. Morgen wird die Krise noch nicht behoben sein, aber morgen hat Caputh kein Geld mehr für Unterhaltungen. Deshalb braucht man das Land, um die Leute als Obstbauern anzusiedeln und sie wieder in Nahrung zu setzen. Soll dieses Wert durch irgendwelche „Naturschutz“interessen zerfurchen werden? Wir glauben, die Entscheidung kann nur so lauten:

Erst Brot für die Menschen und dann Bäume für die Erhaltung! Wir hoffen, daß der Regierungspräsident von Potsdam auf dem gleichen Standpunkt steht.

Ist Wacker schuldig?

Echt oder unecht, das ist die noch immer unge löste Frage.

Die Beweisaufnahme in dem van-Gogh-Prozess ist abgeschlossen. Am Sonnabend folgen die Plädoyers. Einer der letzten Sachverständigen des gestrigen Tages, der Restaurator an den staatlichen Museen, Ruhe mann, zog zu Beginn seines Gutachtens gewissermaßen das Fazit sämtlicher Sachverständigen Gutachten.

Ruhemann stellte mit Hilfe des Vorsitzenden und der Verteidigung fest, daß sämtliche Sachverständigen elf aus der Zahl der reichhaltigen Wackerischen van-Gogh-Bilder einstimmig für gefälscht erklärt, und neun teils für zweifelhaft, teils für echt erkannt haben. Die Betrachtungsweise aber, auf Grund der er zur Ablehnung einzelner Bilder kam, rief sofort die Sachverständigen Meister-Gräfe und Eugen Spiro auf den Plan; sie warfen ihm ungenügende Kenntnis der van-Goghischen Bilder vor. Der Restaurator an den staatlichen Museen ließ sich aber nicht beirren und bekräftigte seine Behauptungen von der Unechtheit der Bilder durch wissenschaftliche Darlegungen, die erst in den letzten Jahren Allgemeinbesitz der Maltechnik geworden sind. Unter anderem stellte er fest, daß sämtliche Bilder aus dem Wackerischen Besitz mit Farben gemalt seien, die eine Beimischung von Harz enthielten, um die Farben schneller trocken werden zu lassen. Er machte auch die interessante Feststellung, daß der Schöpfer der Wackerischen Bilder sich allmählich vervollkommnet habe. Je mehr er arbeitete, desto ähnlicher wurden seine Bilder den echten van-Goghs. Demgegenüber war von großem Interesse die Äußerung des holländischen Chemikers de Wild, daß wenigstens zwei der Wackerischen Bilder nach dem Farbenzustand ein Alter von mehr

als zwanzig Jahren haben müßten. Auf diese Weise wurde das Gutachten der Sachverständigen widerlegt, die auch diese Bilder für gefälscht halten.

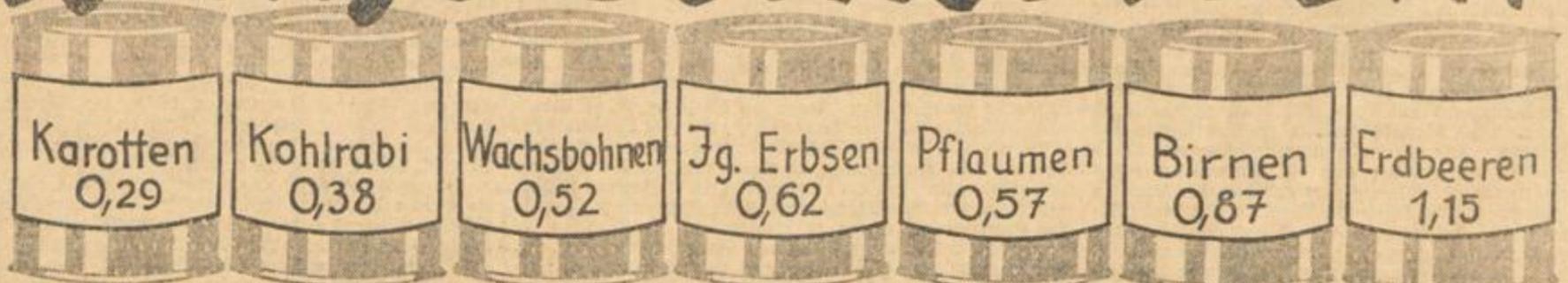
Das Gericht steht angesichts der widersprechenden Gutachten vor einer äußerst schwierigen Entscheidung. Nicht nur die Frage, welche Bilder gefälscht seien, sondern auch die, ob Wacker die Fälschungen gekannt haben müsse, dürfte dem Gericht viel Kopfzerbrechen machen, um so mehr, als Wackers Haltung den Experten Meister-Gräfe, Rosenhagen und de la Faille gegenüber, die über diese Bilder Gutachten erstatteten, ein stets vollkommen einwandfreies war. So soll er Meister-Gräfe in einigen Fällen selbst darauf aufmerksam gemacht haben, daß die Echtheit der ihm zur Begutachtung vorgelegten Bilder angezweifelt werde. Als Rosenhagen eines Tages den Wunsch äußerte, sich ein Bild noch einmal bei Tageslicht anzusehen, gab ihm Wacker das bereits ausgefertigte Gutachten zurück, damit eine weitere eingehendere Betrachtung des Bildes stattfinden könne.

Die zwei Wochen Verhandlung haben das Rätsel um Wacker nicht zu lösen vermocht.

Offene Bordertüren bei der Straßenbahn.

Vom heutigen 15. April 1932 ab wird den Fahrgästen bis auf weiteres wieder die Benutzung der Bordertüren der Straßenbahn-Trieb- und Anhängewagen zum Ein- und Aussteigen gestattet. Der Personenwechsel erfolgt dann gleichzeitig über die hintere und vordere Plattform, wobei ein Unterschied zwischen offenen und geschlossenen Trieb- und Anhängewagen nicht gemacht wird. Zur Vermeidung von Zugluft wird das Publikum gebeten, die Bordertür für jeweils wieder selbst zu schließen.

Billige Konserven!



direkt
ab
Fabrik

in 600 Meyer-Filialen

direkt
ab
Fabrik

Opfer für die Jugend.

Das Jugendherbergswerk muß erhalten bleiben.

Wie in den Vorjahren findet auch in diesem Jahr eine als Opfertag bezeichnete Werbung für das deutsche Jugendherbergswerk statt, und zwar am Sonnabend, dem 16., und Sonntag, dem 17. April, während am Freitag, dem 15. April, abends um 7 Uhr, der Vorsitzende des Gauverbandes Brandenburg im Reichsverband für deutsche Jugendherbergen, Stadtrat Genosse Schneider-Knecht, über die Jugendherbergen im Berliner Rundfunk sprechen wird. Vor Vertretern der Berliner Presse erstatten schon die am Jugendherbergswerk tätigen Männer Bericht.

Stadtrat Schneider wies eindringlich darauf hin, daß der Jugend, nachdem die Beschäftigung zu Erholungszwecken fast vollkommen eingestellt worden ist, nichts mehr übrig bleibt als zu wandern. Es zeige sich nunmehr, daß es sich beim Jugendwandern und dem Jugendherbergswerk um etwas ganz Großes handle und daß beide in die soziale Arbeit eingegliedert werden. Wenn das Jugendherbergswerk etwa auch ein Opfer dieser Notzeit werden würde, so würde das in Jahrzehnten nicht wieder gutzumachen sein. Gougeschäftsleiter Stadtyugendpfleger Lange gab einen Überblick über die Organisation des Reichsverbandes, der 1911 mit 17 Herbergen anfing und heute über die stattliche Anzahl von 2300 Jugendherbergen verfügt. Der Gau Markt Brandenburg hatte 1918 nur 8 Herbergen, heute aber 139; er begann im Jahre 1923 als erster mit der Schaffung von Eigenheimen, das sind solche Jugendherbergen, die nicht für diese Zwecke hergerichtet, sondern eigens zu ihrem besonderen Zweck und mit allen dafür notwendigen Einrichtungen erbaut wurden.

Besonders eindrucksvoll waren die Ansprachen von Studienrat Dr. Biehmann und Gewerbetriebl. Lehrer Kählerfeldt. Beide betonten den überparteilichen, gewissermaßen blinden Charakter dieses großen Jugendwerkes, aus beider Rede sprach die hingebende Liebe und Freude wahrer Jugendzähler. Dr. Biehmann betonte, daß die Jugendherbergen keineswegs nur als Ueberwachungsstätten gemietet werden wollen, sondern als Stätten einer notwendigen Jugendkultur, von denen aus die Jugend zu Lebensfreude und Lebensgenuss mit der Natur und mit ihresgleichen kommt, zu einer Freude, die edel, frei und einfach sei. Genosse Kählerfeldt zeichnete in kurzen Strichen ergreifend die tiefe seelische und selbstliche Not der Jugend aller Bevölkerungskreise, wie sie sich oft in Kriminalität, Selbstmorden und Verzweiflungstaten äußere, eine Not, die allen Volks- und Jugendzählern, Ärzten und Geistlichen ans Herz greife. In der Jugendherberge habe jeder Jugendliche ein eigenes Bett, was heutzutage in vielen Arbeiterheimen nicht mehr der Fall sei. Kauf- und Kaufgüte sind aus den Jugendherbergen verbannt. Aber auch eine völkerverbindende Aufgabe verleihe die Jugendherberge zu lösen. In 16 verschiedenen Staaten des Auslandes gebe es bereits Jugendherbergen, und auch im fremden Land werde das gute Werk der menschlichen Verständigung und der Brüderlichkeit unter der Jugend gepflegt.

Die erfreulich kurzen, aber dennoch vielversprechenden Ausführungen wurden durch Stadtrat Schneider in dem eindringlichen Wunsch zusammengefasst, in den Opfertagen soviel wie möglich für das Jugendherbergswerk zu spenden.

45 Jahre Markt am Maybachufer.

Der Wochenmarkt am Maybachufer ist nicht nur einer der ältesten, sondern auch einer der bekanntesten in ganz Berlin, besonders aber im Berliner Südosten. Er wird von 770 Händlern besucht, die einstmalig mit ihrem Geschäft ganz zufrieden waren. Aber bereits seit dem Jahre 1927, also viel früher, als man allgemein annimmt, machte sich eine rückläufige Bewegung bemerkbar, und heute sind die Händler und Händlerinnen verärgert und misshütig, weil das Geschäft nicht mehr so gehen will und niemand mehr recht kauft. Sie haben deshalb die Tatsache, daß der Markt vor rund 45 Jahren, im Jahre 1887, von der Richard- und Berliner Straße des damaligen Rigdorf nach dem Maybachufer verlegt wurde, zum Anlass genommen, um auch die Öffentlichkeit auf ihre Existenz hinzuweisen. Alle Stände waren am Donnerstag mit fröhlichen bunten Fähnchen geschmückt, von den Balkonen der anliegenden Häuser blies eine Kapelle ihre lustigen Weisen in die frische Morgenluft, und die Händler, die ununterbrochen seit 45 Jahren auf den Markt kommen, waren Gegenstand besonderer Ehrung. Diese alten Händler schienen aber auch trotz der Ungunst der Zeit die wahren Optimisten zu sein, während man im übrigen manche Bemerkung des Verdrußes und des Verzegers hörte. Eine Händlerin rief ganz empört aus: „So viele Menschen, so viel Tantiem, und niemand kauft.“ Ja, wie soll denn gekauft werden, wenn in Berlin über 600 000 Menschen ohne Arbeit sind. Man konnte aber auch sehr wohl bemerken, daß gerade bei den heiteren, fröhlichen und freundlichen Händlern immer die meisten Menschen standen und kauften. Man sah auf diesem Markt ungewöhnlich viel Textilstände: Herren- und Damenstoffe, Wäsche, Strümpfe, Reste usw. In einer Ansprache erläuterte der Vertreter des Verbandes der Markthändler Deutschlands die Situation. Kein Berliner Wochenmarkt, so meinte er, leide unter der wirtschaftlichen

77000 Kaufleute suchen Arbeit.

Hochbetrieb im Nachweis Kaiser-Wilhelm-Straße.

Der 1. April brachte dem Nachweis in der Kaiser-Wilhelm-Straße leider wieder eine große Zahl Erwerbsloser, die Dezember gefündigt. Wieder sind es in der Mehrzahl ältere Angestellte, vielfach Menschen, die ein halbes Menschenalter in einem Betrieb tätig waren. Dabei haben gerade die älteren Angestellten, beispielsweise im Verkäuferberuf, vielfach eine weit gediegenere, umfassendere Ausbildungszeit hinter sich; dies schon aus dem ganz einfachen Grunde, weil im Laufe der Zeit die Qualität verschiedener Artikel mehr und mehr zurückging. Durch die immer fortschreitende Normierung innerhalb des Produktionsprozesses leidet ein großer Teil der Arbeitnehmer unter einer allzu einseitigen Beschäftigungsart, die gerade beim Stellungswechsel oft recht hinderlich erscheint. Da hat beispielsweise ein Ingenieur 21 Jahre lang eine Stellung bekleidet und die ganze Zeit über stets ein- und dieselbe Arbeit verrichtet. Auch Verkäufer klagten über allzu einseitige Verwendung in ihrem Beruf.

Aushilfsarbeit selten.

Gemessen an der steigenden Zahl der Restekanten sinkt natürlich die Verdienstmöglichkeit bei Aushilfsarbeiten; so viele Adressen als geschrieben werden konnten — auch wenn das ganze Tausend tabellarisch geschriebener Umschlüsse nur einen Laster bringt — gibt es nicht. Infolge Personalabbau werden auch die Aushilfsstellen bei den Behörden rarer; allerdings bringen die kommenden Urlaubszeiten etwas Belegung in den Arbeitsmarkt, außerdem gab es während der Wahlkampagne für eine Anzahl Menschen Beschäftigung. Bei dem Vertreterberuf, der so bei Ausbauer und Laster immer noch etwas einbringen kann, hapert es bei den meisten Menschen am notwendigen Betriebskapital, weil es ja heute in diesem Fach keinen Spesenzuschuß mehr gibt und der Vertreter, der nicht auf fixum engagiert ist, einzig auf die Provision angewiesen ist. Mit ein wenig Kapital, Frigilität und Umsiedlungstalent lassen sich doch immer noch irgendwo ein paar Mark verdienen. Da kommt einer, wenn er Glück hat, Sonnabend und Sonntag als Empfangschef eines Vergnügungsortes unter, oder als Rechtsportier, oder er kredenzt zur Werderischen Baumblüte dem Publikum Obstwein.

Aber was will das wenige bezogen bei dieser Masse von Arbeitsanwärtern? Und das „Schuster, bleib bei deinem Zeißel“ versteht sich heute, wo jeder Beruf brachliegende Kräfte im Uebermaß hat, ohne dies von selbst. Außerdem würde beispielsweise niemand ein höheres Schreibereis als Möbelpader verwenden wollen und dem Standinhaber am Wochenmarkt schlechte zu des Stoffverkäufers Muskelstärke gewiß auch das richtige Vertrauen.

Depression so sehr wie der am Maybachufer, der auf die wertvolle Bevölkerung angewiesen ist. Man entnahm den Ausführungen auch, daß bereits im Jahre 1890 das von den Händlern oft kritisierte Standgeld für eine 3-Meter-Bude 60 Pf. betragen hat, während heute ein 3-Meter-Stand 75 Pf. kostet. Stadtrat Albrecht vom Bezirk Neukölln überbrachte die Glückwünsche des Bezirksamtes. Im allgemeinen bekam man von der Händlerchaft dieses Marktes einen durchaus günstigen Eindruck.

Freier Wettbewerb!

Polizeipräsident erinnert an Preisschilderverordnung.

Der Polizeipräsident teilt mit: „Es liegt Veranlassung vor, erneut auf die Bedeutung der Verordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung über Preisschilder und Preisverzeichnisse hinzuweisen. Diese Anordnungen bezwecken, auf den für den täglichen Bedarf (Lebensmittel und handwerkliche Leistungen) wichtigsten Gebieten den freien Wettbewerb zum Vorteil des Verbrauchers in seiner Wirksamkeit zu steigern. Es soll erreicht werden, daß jeder Gewerbetreibende bei seinen Preisen durch genaueste Kalkulation alle Leistungsmöglichkeiten berücksichtigt, um nicht in dem durch die Anbringung der Preisschilder und Preisverzeichnisse verstärkten Konkurrenzkampf ins Hintertreffen zu geraten. Der Erfolg dieser Maßnahme wird jedoch vereitelt, wenn der freie Wettbewerb durch Preisbindungen oder Preisempfehlungen ausgeschlossen bleibt. Preischilder und Preisverzeichnisse verlieren ihren Zweck, wenn sie nicht die auf Grund der Kalkulation der Einzelbetriebe sich ergebenden verschiedenen Preise, sondern einen von Interessentenverbänden festgesetzten Einheitspreis wiedergeben. Preisbindungen und Preisempfehlungen sind daher mit den für die Anordnung von Preisschildern und Preisverzeichnissen maßgeblichen Grundfähen nicht vereinbar. Es liegt im eigenen Interesse der Gewerbetreibenden, von Preisempfehlungen oder Preisbindungen bei denjenigen Waren und gewerblichen Leistungen abzusehen, deren Preise durch Preisschilder oder Preisverzeichnisse kenntlich gemacht sind.“

Da ist ein ganz großes Sorgenkind der langfristige Stellunglose des Nachweises, Kaufmann, früher in leitender Stellung, seit sieben Jahren ohne Existenz. Die Leidensgeschichte solch eines Menschen aus gehobener Position nimmt einen umständlichen Weg, als die des einfachen Arbeiters. Dieser Mann glaubte und hoffte jahrelang, auf Grund seiner guten, zahlreichen Verbindungen leicht wieder in ähnlicher Stellung unterzukommen; inzwischen verzehrte er seinen Sparspennig und keine der vielen Botschaften und Versicherungen seiner Freunde ging in Erfüllung. Erst spät, vielleicht zu spät, fand er als letzten Zufluchtsort den Nachweis; heute ist es kaum mehr möglich, diesen äußerlich und innerlich vollkommen gebrochenen Mann zu einer Stellung zu verhelfen. Er fristet durch Adressenschreiben, durch Bändchenknüpfen an den Prospekten der Bäderpropaganda armselig sein Dasein. Ein anderer Fall: Ein Techniker, dessen Leistung in letzter Zeit viel Aufsehen machte — er konstruierte den Schienenzepp —, kann und kann keine Stellung finden. Eine Konstruktionskommission voller Verzeihung: 18 Jahre lang war sie in ein und derselben Stellung, jetzt liegt sie auf der Straße. An alle möglichen, nüchtern betrachtet, unmöglichen Stellen wenden sich die verzagten Menschen um Rat. „Was hat der Herr Reichspräsident auf mein Schreiben geantwortet?“ fragt einer; er glaubt ernstlich, daß der oberste Staatsmann die unbedingte Verpflichtung hat, für das Wohl jedes einzelnen Staatsbürgers persönliche Sorge zu tragen. Mit ihm sind viele Menschen dieser Meinung; täglich laufen eine Anzahl mit dem Stempel der Reichskanzlei versehene Bittschreiben im Nachweis zur Erledigung ein. Alle führenden Staatsmänner werden mit dergleichen Bittschreiben überhäuft.

Es geschieht alles.

Neben der stark reduzierten Erwerbsmöglichkeit überhaupt ist vielen Angestellten, hauptsächlich den älteren, die Konkurrenzfähigkeit am Arbeitsmarkt durch mangelnde technische Ausbildung ungemein erschwert. Aus diesem Grunde hat man unentgeltliche Stenographie- und Schreibmaschinenkurse geschaffen, die in täglich vierstündiger Unterrichtszeit die notwendige Beherrschung dieser Fächer den Angestellten vermitteln; wer über 5 Kilometer entfernt wohnt, erhält sogar das Fahrgehalt erstattet. Außerdem werden auch Schreibmaschinenkurse abgehalten, um die Schnelligkeit des Maschinenschreibens zu fördern; als Abschluss erhält jeder Teilnehmer ein Zeugnis, das der Gültigkeit eines Schulzeugnisses entspricht. 100 Schüler aller Alters- und Berufsklassen nehmen an diesen Kursen teil; es wird ihnen damit der Weg zu einer neuen Existenz sehr erleichtert.

Eröffnung des Hospitals Buch-Mitte.

Mit dem Beginn des Wirtschaftsjahres 1932 werden, wie der Städtische Nachrichten dienst mitteilt, das Waldhaus Buch als Krankenhaus für tuberkulöse Frauen und das Friedrich-Wilhelm-Hospital, Pallasadenstraße, als Hospital geschlossen. Die Kranken des Waldhauses Buch werden zur Zeit größtenteils in andere Krankenhäuser, die Insassen des Hospitals Pallasadenstraße demnächst in andere Hospitäler, insbesondere nach Buch, verlegt. Dort werden zum 1. April 1932 in einem Teile der Kinderheilstätte Buch ein Hospital für Frauen als „Städtisches Hospital Buch-Mitte“ und in dem Waldhaus Buch ein Hospital für Frauen als „Abteilung Waldhaus des Hospitals Buch-Mitte“ eingerichtet.

Am 1. April 1932 ist das Hospital Deutsch-Buxtehuder in ein Altersheim umgewandelt worden. Das Heim wird, wie auch früher das Hospital, vom Bezirksamt Schöneberg verwaltet. In ähnlicher Weise wurde das Hospital Blankenfelde auf ein Altersheim für Frauen umgestellt. Dieses Altersheim untersteht der Verwaltung des Bezirksamts Pantow.

Verlobung in Liliput.

In Liliput, der einzigen Zirkusstadt mit 29 Einwohnern — keiner größer als 100 Zentimeter —, wurde ein großes Fest gefeiert. Der „Bürgermeister“ Heini Behrens, 38 Jahre alt und 94 Zentimeter groß, ein Hamburger, hat sich mit Fräulein Emma Lamson, 32 Jahre und 95 Zentimeter, einer Engländerin, verlobt, was Anlaß zu größtem Jubel in der Zwerg- und Zwergstadt wurde. Die Hochzeit der beiden Ehegandanten, die schon sehr bald folgen soll, wird die vierte in Liliput sein. Der weiteren Entwicklung in dieser Richtung steht allerdings ein großes Hindernis im Wege: 19 männlichen stehen nur 11 weibliche Einwohner gegenüber, so daß auf die verbleibenden 7 Mädchen 13 Bewerber kommen.

Neben „Jugend und Staat“ spricht am Sonnabend, dem 16. April, um 10 Uhr, Feing zu Löwenstein vor dem Mikrophon der „Deutschen Welle“.

1 das neue Packung

2 merkt stärkeres Format

3 herabgesetzter Preis.

Erst nach monatelangen Vorbereitungen wurde die Fabrikation der „Gold Saba“ nach dem alten Original-Rezept wieder aufgenommen.

Die neue luftdichte • Humidor • Händler-Packg. erhält dem Raucher fabrikfrisch das besonders zarte Aroma der berühmten „Gold Saba“-Mischung.

Sie merken sofort; „Gold Saba“ ist so mild so frisch und aromatisch

Statt 4 Pf. jetzt 3 1/3 Pf.

Extra starkes Agypter-Format

Erobert Preußen!

Unsere nächsten Veranstaltungen:

Freitag, den 15. April:

2. Kreis — Tiergarten. 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung im Mozarthaus, Wicliofstr. 24.
 3. Kreis — Wedding. Zwei Kundgebungen im kleinen und großen Saal der Atlantikstraße, Behmstraße am Bahnhof Gesundbrunnen.
 Steglitz. 19½ Uhr im Gymnasium Steglitz, Heesestraße.
 14. Kreis — Neukölln. 19½ Uhr im großen Saal der „Neuen Welt“
 Baumschulenweg. „Eiserne-Front-Veranstaltung“, 19½ Uhr im Lyzeum Baumschulenstraße.
 109. Abt. — Friedrichshagen. Öffentliche Kundgebung im großen Saal des „Gesellschaftshauses“, Friedrichstraße 137.
 111. Abt. — Bohnsdorf. 20 Uhr bei Madry, „Vier Jahreszeiten“, öffentliche Kundgebung.
 Jungwähler-Kundgebung für die Bezirke Wedding, Reinickendorf. 19½ Uhr in der Hochschulbrauerei See-Ecke Amrumer Straße, „Die Jugend im Preußenkampf“. Referent: Erich Schmidt.
 Hollstädt Herzberge. 20 Uhr bei Otto, Herzbergstr. 78.
 Gewerk Lichtenberg, Kraftwerk Klingenberg. 16 Uhr im „Flußbad Lichtenberg“.
 Versorgungsbehörden. 19½ Uhr in den Germania-Sälen, Kleiner Saal, Chausseestr. 110.
 Siemens-Platz-Werke in Lichtenberg. 16½ Uhr, Hammer-Schaftsversammlung im Lokal Schünemann, Möllendorferstraße 54-55. Referent: Max Heydemann.
 Städtische Arbeiter Bezirksamt Wilmsdorf. 20 Uhr bei Kulka, Leuenburger Straße 21, Ecke Uhlandstraße. „Eiserne-Front-Veranstaltung“. Referent: Max Fechner, MdL.
 Referenten: Otto Meier, MdL, Marie Kunert, MdR., Erich Raddatz, MdL, Jockel Meier, Karl Warmuth, Kurt Löwenstein, MdR., Johannes Stilling, MdR., Ernst Brandenburg-Magdeburg, MdL., Ernst Hildebrandt, Max Brinitzer, Georg Maderholz, MdL., Paul Miellitz, Kurt Heinig, MdR.
 Städtisches Obdach. 20 Uhr, Betriebskundgebung bei Kuffitzig, Jablonkskistraße 9. Referent: Genosse Schoodi.

Sonntag, den 16. April:

7. Kreis — Charlottenburg. 23½ Uhr, Nachvorstellung im „Tautentzenpalast“, Tautentzen-Ecke Nürnberger Str. Vorführung der Filme „Kameradschaft“ und „Kiekerbusch erobert Preußen“ Ansprache. Eintrittskarten sind zum Preise von 50 Pf. bei den Funktionären zu haben.
 8. Kreis — Spandau. 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung in Cisdow, Cisdower Hof (Roske).
 85. und 86. Abt. — Tempelhof-Mariendorf. 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung im „Birkenwäldchen“, Tempelhof.
 108a. Abt. — Cöpenick. 20 Uhr, öffentliche Kundgebung im Lokal Pirschal in Cöpenick-Nord.
 115. Abt. — Schmiedewitz. 19½ Uhr im Lokal „Zur Palme“, öffentliche Kundgebung.
 151. Abt. Bezirk Kleingärten Berlin (Blankenfelde-Rosenthal-Nordend). 20 Uhr, öffentliche Kundgebung in der „Sport-Klausur“, Referent: Genosse Reinhold.
 Jungwählerkundgebung für die Bezirke Kreuzberg, Charlottenburg, Spandau, Wilmsdorf, Zehlendorf, Schöneberg, Steglitz. 19½ Uhr im „Piccadilly“, Schöneberg, Eborstr. 80. „Die Jugend im Preußenkampf“. Redner: Ludwig Diederich. Es wirken mit „Rote Rebellen“, Gymnastikgruppe der Arbeiterportier Schöneberg.
 Fuhrlöcher 1 bis 4 Hauptwerkstatt und Stadtfuhrpark. 19 Uhr, Kundgebung bei Stock, Warschauer Platz, Bogen 12. Referent: Genosse Schoodi.
 Referenten: Georg Maderholz, MdL., Erich Raddatz, MdL., Karl Hetzschold, Kurt Löwenstein, MdR., Dr. Richard Mischler.

Sonntag, den 17. April:

8. Kreis — Spandau. 16 Uhr, öffentliche Kundgebung in Gatow bei Walter Krause.
 15. Kreis — Tempelhof. 11½ Uhr in Tempelhof, Tempelhofer Tivoli, Berliner Straße 97, Film-Matinee „Der Hauptmann von Köpenick“ und „Die Wiener Arbeiter-Sport-Olympiade“. Ansprache: Paula Kurgeß. Eintritt für Männer 50 Pf., für Frauen 25 Pf.
 107. Abt. — Alt-Gilkenick-Falkenberg. 15 Uhr, Kundgebung der „Eisernen Front“ im Deutschen Haus, Alt-Gilkenick, Grüneuer Straße.
 132. Abt. — Blankenburg. 18½ Uhr, öffentliche Versammlung bei Klug, Dorfstraße.
 Referenten: Georg Maderholz, MdL., Max Heydemann, Karl Litke, MdR.

Montag, den 18. April:

11. Kreis — Schöneberg. 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung in der Hohenzollernschule, Belziger Ecke Eisenacher Straße. Lichtenrade. 20 Uhr, öffentliche Kundgebung bei Bohm.
 95. Abt. — Neukölln, Siedlung Dammweg. 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung im Bärwinkel.
 99. Abt. — Britz. Öffentliche Frauenkundgebung 19½ Uhr in der Idealfalle, Hannemannstr. 42. Referentin: Marie Kunert, MdR., Wahrevaue.
 150. Abt. — Heinersdorf. 20 Uhr im Heinersdorfer Krug, Berliner Straße, öffentliche Kundgebung.

158. Abt. — Hermsdorf. 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung bei Laik, Lindengarten, Berliner Straße 134.
 149a. Abt. — Wittenau. 19½ Uhr, öffentliche Versammlung bei Eberhard, Lübarser Straße.
Öffentliche Jungwählerversammlung für Groß-Berlin 19½ Uhr in den „Germania-Prachtstätten“, Chausseestraße 110, „Die Jugend im Preußenkampf“. Redner: Dr. Kurt Löwenstein, MdR., Karl Hetzschold.
 Referenten: Hermann Harnisch, MdL., Dr. Hans Cohn, Max Gillmeister, Bernhard Göring, Gertrud Hanna, MdL., Otto Ortman.
Botanischer Garten. Betriebskundgebung 17½ Uhr bei Rosenthal, Lichterfelde, Händelplatz 2. Referent: Max Brinitzer.
Stadtentwässerung. 18 Uhr im „Hackeschen Hof“, Rosenthaler Straße, Betriebskundgebung. Referent: Otto Meier, MdL.
Soziale Baubetriebe. 17 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses Betriebskundgebung. Referent: Erich Kuttner, MdL.
Gehring und Reimers. 17 Uhr im Lokal „Zum Mohren“, Jerusalemstraße 9, Betriebskundgebung. Referent: Max Heydemann.
Hamelische Drucker- und Verlagsanstalt. 15½ Uhr bei Scholz, Lovetow, Ecke Jagowstraße. Referent: Albert Falkenberg.
Eisenbahner, Lehrter Bahnhof. 19 Uhr bei Ledewig, Kronprinzenufer 12. Referent: Fritz Saar.
Reichsdruckerei. 16 Uhr in der „Odd Fellow Loge“, großer Saal, Alte Jakobstraße 128, Betriebskundgebung. Referent: Emil Barth.
BVG. Tegel. 19 Uhr bei Tornow, Schliaperstraße 64, Betriebskundgebung. Referent: Karl Weinar, MdL.
BVG. Bahnhof 24 Lichtenberg. Eiserne-Front-Veranstaltung 19½ Uhr bei Hensel, Hubertus-Ecke Wagnerstraße. Referent: Erich Raddatz, MdL.
BVG. Bahnhof 1. 20 Uhr bei Wende, Koloniestraße 147, Betriebskundgebung. Referent: Max Fechner, MdL.
BVG. Kreuzberg, Tempelhof und Oberleitung Markusstraße. 19½ Uhr bei Wollenberg, Tempelhof, Berliner Straße 1. Betriebskundgebung. Referent: Dr. Otto München.
Arbeitsamt Nord-Ost. 16½ Uhr bei Bleseln, Stargarder Straße 3, Betriebskundgebung. Referent: Genosse Oltersdorf.
Bezirksamt Spandau. 20 Uhr bei Brandemühl, Spandau, Moritzstraße, Ecke Viktorienufer, Betriebskundgebung. Referent: Dr. Richard Lohmann, MdL.
Bezirksamt Weißensee. 19½ Uhr bei Jänicke, „Zum Pferdemarkt“, Schönstraße. Referent: Stadtrat Reimann.
Bornau. 20 Uhr im Volkshauses „Bellevue“, Wendtitzer Straße, Filmabend (zwei Großfilme, Konzert). Im Anschluß spricht E. Heilmann, MdR., über die Preußenwahlen.

Dienstag, den 19. April:

1. Kreis — Mitte. 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung im Gewerkschaftshaus, Engelfur 24-25.
 5. Kreis — Wedding. 19½ Uhr, zwei öffentliche Kundgebungen, im „Swinemünder Gesellschaftshaus“, Swinemünder Str. 42, und in der „Petzenhofer-Brauerei“, Chausseestraße 64.
 4. und 5. Kreis — Frenzlauer Berg und Friedrichshain. Kundgebung um 20 Uhr im „Baubau Friedrichshain“, Am Friedrichshain 25. Mitwirkung der Maret-Truppe, Tambourkapelle und Bläserkorps des Reichsbanners Friedrichshain.
 7. Kreis — Charlottenburg. 19½ Uhr, öffentliche Versammlung in der Schulaula, Neues Ufer 6 Ecke Kaiserin-Augusta-Allee.
 8. Kreis — Spandau. 19½ Uhr, öffentliche Frauenkundgebung in „Koch's Bismarcksälen“, Feldstraße 52. Referentin: Klara Bohm-Schuch, MdR.
 9. Kreis — Wilmsdorf. 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung in Schmaragdort, „Forsthaus“, Wernemünder Straße. Musik, Rezitationen.
 12. Kreis — Steglitz. 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung in Lankwitz, „Lehmann's Festsäle“, Kaiser-Wilhelm-Straße 29-31.
 14. Kreis — Neukölln. 19½ Uhr, zwei öffentliche Kundgebungen im großen und kleinen Saal der „Neuen Welt“.
 27. Abt. — Marienfelde. 19½ Uhr bei Liesse, Berliner Straße, Kundgebung.
 101. Abt. — Treptow. 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung der „Eisernen Front“ im „Viktoriagarten“, Inh. Gloger, vorm. Nitschke, Am Treptower Park 26-26.
 112. Abt. — Rahnsdorf. 19½ Uhr im „Paradiesgarten“ bei Sorge „Eiserne-Front-Veranstaltung“.
 124. Abt. — Mahlsdorf. 20 Uhr, öffentliche Frauenkundgebung bei Anders, Bahnhofstraße 35-37. Referentin Käthe Kern.
 155. Abt. — Buchholz. 20 Uhr bei Kaehne, Berliner Straße 39, öffentliche Kundgebung.
 Referenten: Lorenz Breunig, Dr. Otto Friedländer, Georg Kleubner, MdL., Dr. Richard Mischler, Marie Kunert, MdR., Rektor Walter Fischer, Stadtrat Karl Warmuth, Karl Litke, MdR., Arthur Cripsien, MdR., Max Fechner, MdL., Gertrud Hanna, MdL., Friedrich Stempfer, MdR., Emil Barth, Bernhard Göring.
Kundgebung der „Jugend in Eiserner Front“. 19½ Uhr in den „Andreasfeststätten“, Andreasstraße 21, für die Bezirke Friedrichshain, Treptow, Köpenick, Lichtenberg. Redner: Dr. Kurt Löwenstein, MdR., Erich Schmidt.
BVG. Hauptwerkstatt der Straßenbahn. 16 Uhr, Betriebskundgebung in der Löwenbrauerei, Hochstraße 1. Referent: Albert Falkenberg.

- Betriebswerkstatt der Nord-Süd.** 15½ Uhr bei Rieß, See-straße 134, Betriebskundgebung. Referent: Hans Bauer.
Bahnhof 15 Halensee BVG. 19 Uhr, Betriebskundgebung bei Walter, Westfälische Straße 65. Referent: Dr. Hans Cohn.
Bahnhof 18, Bahnhof 26, Abzug-Wagenpark und Bahnhofserei BVG. Betriebskundgebung 19 Uhr bei Schulz, Köpenick, Müggelheimer Ecke Wendenschloßstraße. Referent: Karl Hanebuth.
Angestelltenfraktion der BVG. 20 Uhr in den „Sophiansälen“, Sophienstraße, Betriebskundgebung. Referent: Franz Künstler, MdR.
Hauptwerkstatt der Abzug Treptow. 16 Uhr bei George, am Bahnhof Treptow, Betriebskundgebung. Referent: Jockel Meier.
Bahnhof 16 BVG. 19 Uhr, Betriebskundgebung bei Schellbach, Charlottenburg, Königin-Elisabeth-Straße 6. Referent: Max Brinitzer.
Hauptwerkstatt Grunewald BVG. 16 Uhr, Betriebskundgebung bei Gusk, U-Bahnhaltstelle Ruhleben. Referent: Max Gillmeister.
Orsamsfabrik D. Rotherstraße. Zwei Betriebskundgebungen, 15 und 16½ Uhr, beide im Lokal „Stock“, Warschauer Platz. Referent: Dr. Haubach.
Frister. 16½ Uhr, Betriebskundgebung in der „Brückenklausur“, Niederschöneweide, Brückenstraße 15. Referent: Otto Ortman.
Arbeitsamt Nord. 16 Uhr bei Heumann, Nördufer 15 Ecke Fehmarnstraße, „Eiserne-Front-Veranstaltung“. Referent: Erich Kuttner, MdL.
Telefunken-Akkumulatorenwerke — NAG-Transformatorwerke. 16½ Uhr in Oberschöneweide, „Bürgerpark“, Weißkopfsstraße 18, Betriebskundgebung. Referent: Georg Maderholz, MdL.
Otto und Flehr. 16½ Uhr, Betriebskundgebung bei Ledewig, am Bahnhof Eichbornstraße, Reinickendorf. Referent: Karl Hetzschold.
Marienfelder Betriebe. 16½ Uhr im „Alten Gasthof“, Marien-dorf, Dorfstraße 1, Kundgebung. Referent: Max Heydemann.
A.O.K. Berlin. 16 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshaus, Engelfur 24-25, Betriebskundgebung. Referent: Otto Meier, MdL.
Reichspostzentramt. 16½ Uhr bei Pinger, Tempelhof, Dorfstraße 50, Betriebskundgebung. Referent: Pastor Franke.
Statistisches Landesamt. 19½ Uhr im Roten Saal der „Kammersäle“, Teltower Straße 2-4, Betriebskundgebung. Referent: Max Heydemann.
Städtische Gewerke. 19 Uhr, Betriebskundgebung in den „Germaniasälen“, Chausseestraße 110. Referent: Siegfried Aufhäuser, MdR.
Loewe-Radio. 16 Uhr, Betriebskundgebung im „Viktoriagarten“, Lankwitz, Viktoriastraße. Referent: Max Ulrich.
Fripurwerke, Stimming, Auer, Gebr. Kleinmann, Stralauer Glasbläse. 16½ Uhr bei Wiertalla, Hohenlohestraße 3, Betriebskundgebung. Referent: Gottlieb Rease.
Ambi-Budd. 16½ Uhr im „Einsiedler“, Johannisthal, Am Stern-damm, Betriebskundgebung. Referent: Emil Barth.
Nationalreguliererkassen. 16 Uhr im „Gambirna“, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Ecke Treptower Straße, Betriebskundgebung: „Preußenwahl und Sowjet-Union“. Referent: Dr. Salomon Schwarz.
Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verband. 19½ Uhr im Schuihöf-Petzenhofer-Ausschank, SW., Lichterfelder Straße Nr. 11-17, Kundgebung. Referent: Dr. Julius Moses, MdR.
Bezirksamt Neukölln. 19½ Uhr in den „Passagesälen“, Nau-kölln, Bergstraße 157, Betriebskundgebung. Referent: Richard Joachim.
Arbeitsamt Ost und Knorrbräse. Gemeinsame Kundgebung der Angestellten und Arbeiter 16½ Uhr in „Kern's Feststätten“, Türschmidt-Ecke Goethestraße. Referent: Erich Bürg.

Männer u. Frauen! Erscheint in Massen!

Jugendpflege und Schulfahrten.

Die Reichsbahnleitung Berlin teilt mit: Zur glatten Abwicklung des starken Reiseverkehrs auf den Berliner Fernbahnhöfen vor Pfingsten und bei Beginn der großen Sommerferien können auch in diesem Jahre die von Groß-Berlin ausgehenden gemeinsamen Jugend- und Schulfahrten in den Fernzügen nur unter folgenden Bedingungen zugelassen werden. Die Anträge auf Fahrpreisermäßigung nach den vorgeschriebenen Mustern für Donnerstag, Freitag und Sonnabend vor Pfingsten, also für den 12., 13. und 14. Juli sowie für die ersten vier Tage der Sommerferien, 1. bis 4. Juli, sind bis spätestens Dienstag, 10. Juli, und Dienstag, 28. Juni, 18 Uhr, unter Angabe der genauen Teilnehmerzahl, des Zuges und des Zielortes bei dem Bahnhofsamt des Abgangsbahnhofes zu stellen. Die Fahrkartenausgaben sind angewiesen, die Beförderungsscheine nur auf Grund der vom Bahnhofsamt genehmigten Anträge auszufertigen. Verpölet gestellte Anträge müssen zurückgewiesen werden. Für die Anträge kommen nur die Berliner Fernbahnhöfe: Zinhalter, Potsdamer, Lehrter, Stettiner, Orlyger und Wriezener Bahnhof sowie die Stadtbahnfernbahnhöfe Schöneberger Bahnhof für die Fahrten von der Stadtbahn nach dem Osten und Charlottenburg für die Fahrten von der Stadtbahn nach dem Westen in Frage. Im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr können die Jugend- und Schulfahrten wie an den übrigen Tagen durchgeführt werden.

KARSTADT'S Lebensmittel-Preisliste

FRISCH-FLEISCH

- Rouladen Pfd. 0.98
 Schinken m. B. Pfd. 0.84
 Eisbein m. Speib. Pfd. 0.35

KÄSE UND FETTE

- Rohschmalz Pfd. 0.98
 Margarine, Kokosfett .. 3 Pfd. 0.95
 Frische runder Eier .. 10 Stk. 0.98
 Eiz. Schweizer, vollfett an Pfd. 0.95
 Holländer, Edamer 40% .. Pfd. 0.65
 Steier Camembert 100gr. Stk. 0.10
 Dän. Schweizer 30% .. Pfd. 0.58
 Harzer ca. 1 Pfd. Fek. 0.28
 Camembert Belmond Schit. 0.24
 Brückkäse 2 Ecken 0.35
 Steinhäuser vollfett .. Pfd. 0.58
 Frühstückskäse ... 2 Rollen 0.45

Fr. Landbutter

- 1.20 Pfund

WURSTWAREN

- Pomm Leberwurst ... Pfd. 0.84
 Sülzwurst, Dampfurst. Pfd. 0.65
 Landeiberwurst Pfd. 0.75
 Jagdwurst Pfd. 0.75
 Echt Westf. Mettwurst Pfd. 0.78
 Wiener Würstchen Pfd. 0.68
 Knoblauchwurst Pfd. 0.80
 Feine Leberwurst Pfd. 0.98
 Teew., grob u. fein Pfd. 1.15
 Hamb. gek. Mettw. Pfd. 1.15
 Halsteiner Plockw. Pfd. 1.15
 Cervelat- od. Plockwurst Pfd. 0.88
 Salami, ung. Art Pfd. 0.80
 Speck, mag. Pfd. 0.84, fet Pfd. 0.88
 Schinkenspeck Pfd. 1.10
 Nußschinken Pfd. 1.38

achte Westf. Cerv. u. schlackw. an Pfund

- 1.15

FISCHE

- Kabl. u. Seel. e. K. gr. an 0.12
 Kabeljoufflet an Pfd. 0.16
 leb. Karpf. u. Schleie an Pfd. 0.58
WEINE U. SPIRITUOSEN
 rkt. Apfelsin. 10L 2.81, L. U. 4.0
 Massl. od. Rheinw. 10L 3.80, L. 0.60
 Frankensweiler 10L 2.80, L. 0.75
 Niersteiner 10L 3.80, L. 0.95
 Terrag. e. Warmst 10L 3.80, L. 1.00
 Sams e. Malaga 10L 1.80, L. 1.10
 Johannisbeerwein 10L 3.80, L. 0.88
 31er Niersteiner m. P. 0.58
 31er Niersteiner m. P. 0.85
 28er Madoc (rot. Börd.) m. P. 1.20
 Rhein. e. Kindstett gr. Saktt. 1.15
 Weinbrand Special 1/2 l. 3.50

Pfälzerwein

- 10 Ltr. 3.30, 1 Ltr. 0.55

Bestellungen über 5 Mark unter P. 6 Boerswald 0012 werden prompt erledigt.
 Mengenabgabe vorbehalten.
 In den Dönhallen FAUL GÖDDWIN ERNO GEIGER

KONSERVEN

- Junger Kohlrabi .. 1/2 Dose 0.38
 Spinat 1/2 Dose 0.42
 Jg. Bred. u. Schnittboh. 1/2 Dose 0.42
 Jg. Schnittbohnen 1/2 Dose 0.43
 Grünkohl 1/2 Dose 0.50
 Gemüse-Erbisen .. 1/2 Dose 0.52
 Jg. Erbsen, mittelf. 1/2 Dose 0.74
 Gem. Gemüse 1/2 Dose 0.55
 Gem. Gemüse, mittelf. 1/2 Dose 1.50
 Stangensorgel 50/60 1/2 Dose 1.50
 Apfelsin tafelfert. 1/2 Dose 0.46
 Pflaumen m. Stein 1/2 Dose 0.88
 Stachelbeeren 1/2 Dose 0.75
 Reinklauden 1/2 Dose 0.88
 Erdbeeren 1/2 Dose 0.98
 Mirabellen 1/2 Dose 1.03

Ananas

- 8 Scheiben, 1/2 Dose 1.00

WILD - GEFÜGEL

- Gänse, gefroren Pfd. 0.48
 Weigahühner, gefr. an Pfd. 0.55
 Hirschzackon an Pfd. 0.50
 Rogout an Pfd. 0.25

KOLONIALWAREN

- Burma Pfd. 0.13
 Moumainreis Pfd. 0.21
 Weizenmehl Pfd. 0.22
 Gelbe Erbsen, 2 Pfd. 0.28
 Linsen an Pfd. 0.15
 Weiße Bohnen 2 Pfd. 0.25
 Puddingpulver an Pfd. 0.38
 Pfirsiche Pfd. 0.80
 Pflaumen an Pfd. 0.26
 Birnen an Pfd. 0.58
 Kaffee frisch geröstet, an Pfd. 1.80

Mischobst

- 0.30 an Pfund

OBST UND GEMÜSE

- Apfelsinen blond 3 Pfd. 0.48
 Jaffo Orangen 3 Pfd. 0.72
 Zitronen an Dutz. 0.30
 Bananen an 3 Pfd. 0.82
 Tafeläpfel 3 Pfd. 0.98
 Rot, Weiß, Wirsingkohl. Pfd. 0.57
 Salatgurken an Stk. 0.25
 Kopfsalat an Kopf 0.10

KEKS-WERBE-TAGE

- Waffel Keks Pfd. 0.58
 Frühlingswaffeln Pfd. 0.78
 Halb-M. Keks m. Schok. Pfd. 0.80
 Falschm. -Waff. m. Schok. Pfd. 0.80
 Tegebäck Altsch. Pfd. 0.58
 Kokosmakronen Pfd. 0.50

Haus-Kakao

- 0.50 Pfund

Das Problem des Moratoriums.

Ein Völkerbundsbericht über Auslandsschulden, Moratorien und Außenhandel.

Das Finanzkomitee des Völkerbundes hat einen Bericht über die internationale Finanzhilfe für Oesterreich, Bulgarien, Griechenland und Ungarn mit entsprechenden Empfehlungen veröffentlicht, dessen Einleitung sich aber hauptsächlich mit der Finsen- und Tilgungsfaktorenübertragung von Schuldner an Gläubigerländer sowie mit den Moratorien als Mittel zur Überwindung von Schwierigkeiten befaßt und deshalb auch für Deutschland von besonderem Interesse zur Klärung der Meinungen ist. Wir geben im folgenden die wesentlichen darauf bezüglichen Darlegungen des Berichts wieder, der so anerkannte Sachverständige wie Sir Otto Niemeyer, Sir Henry Strakosch, Dr. Kemper und de Chalendat zu Verfasser hat.

Schuldverpflichtungen und Außenhandel.

„Da gegenwärtig wenige Schuldnerländer — so heißt es in dem Bericht — über eine Goldreserve verfügen, die sie exportieren könnten, müssen sie in der Tat, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen, im wesentlichen Waren ausführen. In der Hoffnung, daß sie auf diese Weise ihren Exportüberschub erhöhen könnten, bei Verminderung einer Entwertung ihrer Währung, hat eine gewisse Zahl von Staaten eine Kontrolle über die Devisentransaktionen eingeführt. Das Völkerbundsamt hat bei verschiedenen Gelegenheiten die zeitweilige Anwendung dieser Maßnahmen empfohlen und Wert darauf gelegt, daß sie begleitet sein müssen von einer Kreditpolitik, die bestimmt ist, das Land für die internationale Konkurrenz zu stärken.“

Indessen, die Maßnahmen zur Kontrolle der Devisenoperationen, zur Beeinflussung der Handelsbilanz müssen als vorübergehende Anordnungen betrachtet werden. Die Gläubigerländer müssen anerkennen, daß diese Maßnahmen zeitweilig notwendig sind. Wenn die Gläubigerländer, indem sie ihre Zolllasten erhöhen, indem sie Einfuhrbeschränkungen schaffen oder die Einführung von Kontingenten und Kompensationen fordern, sich den Anstrengungen ihrer Schuldner, einen Ausfuhrüberschub zu erreichen, entgegenstellen, so werden die Wahrscheinlichkeiten der Zahlungsunfähigkeit außerordentlich vergrößert. Die Gläubigerländer müssen die Waren aufnehmen, deren Ausfuhr allein die Zahlung des größten Teiles der Schulden sichern kann. Wenn sie die Waren zurückweisen, können die Schuldner nicht fortfahren, ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

Die Gefahren und die Praxis von Moratorien.

Berohrt von den Schranken und Repressalien (Druckmaßnahmen), die vor ihren Märkten aufgerichtet werden, haben die Schuldnerländer Zustände genommen zu viel schärferen Methoden der Kontrolle, und sie sind dabei auf noch ernstere Widerstände gestoßen. So sieht sich der Weltmarkt heute einer immer wachsenden Einschränkung ausgesetzt. Es ist nach der Ansicht des Komitees von entscheidender Bedeutung, daß die Gläubigerländer die Situation verstehen und daß sie die Barrieren verschwinden lassen, die sie im besonderen aufgerichtet haben gegenüber den Ländern, die vorübergehende Hilfsmaßnahmen ergreifen mußten, um die Herrschaft über ihre Währung zu behalten.“

„Da unglücklicherweise gewisse Staaten sich gegenwärtig genötigt sehen, die Übertragung des Dienstes eines Teiles ihrer auswärtigen Schuld zu suspendieren (einzustellen), steht sich das Komitee veranlaßt, Stellung zu nehmen zu gewissen allgemeinen Prinzipien, die in dieser Frage anzuwenden sind.“

Vor allen Dingen legt das Komitee Gewicht darauf, nachdrücklich zu erklären, daß nach seiner Ansicht das Land, das sich in dieser Weise entschließt, die Transferrierungen (Übertragungen) zu suspendieren, eine sehr schwere Verantwortung auf sich nimmt, und daß es eine dauernde Schädigung seines Kredites und seines Rufes herbeiführt, ganz abgesehen von der Verletzung der vertraglichen Verpflichtungen, die einen Akt von außerordentlicher Schwere darstellen. Andererseits kommt es manchmal vor, daß unbeschadet des offensichtlichen Unterschiedes, der zwischen Anleihen besteht, die durch besondere Einnahmen gesichert sind, und denen, die nur ein Generalvorrecht genießen, man nur schwer feststellen kann, daß eine gegebene Sicherheit mehr oder weniger gut ist, als eine andere Sicherheit, und daß ein besonderer Gläubiger Anspruch hat auf eine günstigere Behandlung als ein anderer.“

In Wirklichkeit ist die Lage in dieser Beziehung außerordentlich verschieden in den einzelnen Fällen. Kann man z. B. sagen, daß ein Vorrat ersten Ranges, das auf eine Gemeindecinnahme gewährt ist, in einem gegebenen Falle eine höhere Sicherheit be-

deutet gegenüber einem Vorrat dritten Ranges auf eine Staatscinnahme? Das ist eine Auslegungsfrage, über die man mit gutem Recht verschiedener Meinung sein kann. Es muß weiter darauf hingewiesen werden, daß wenigstens in den meisten Fällen die gebotene Sicherheit durch ein allgemeines oder ein besonderes Pfand nur das Recht auf die eingehenden Einnahmen in der Landeswährung gewährt und keine besondere rechtliche Garantie in bezug auf die Transferrierung gibt, die gegenwärtig die Hauptprioritäten bereitet.

Unter diesen Umständen hat das Komitee das Gefühl, daß die Transferrierung oft durch die Vertragsbestimmungen, deren Bedeutung in allen Fällen, in denen sie als Richtschnur gelten können, das Komitee durchaus hervorhebt, nicht geklärt wird, und daß man deshalb auf die Hilfe der rechtlichen Auslegung verzichten muß, um das Problem von einem allgemeineren Gesichtspunkt aus zu betrachten. Es scheint dem Komitee, daß bei dem Fehlen vertraglicher Bestimmungen, die die Frage regeln,

die Regierung, die sich in der bedauerlichen Zwangslage befindet, aus irgendeinem Grunde ihren Verpflichtungen gegenüber dem Ausland nicht nachkommen zu können, sich bei der Auswahl ihrer Handlungen beeinflussen lassen muß von dem wohlverstandenen Interesse ihres Landes und in Verbindung damit von dem gemeinsamen Interesse seiner Gläubiger. Beim Fehlen dieser Entscheidung muß die Regierung natürlich das Gleichgewicht suchen zwischen den Erfordernissen ihres nationalen Kredites und dem dringenden Bedürfnis, den Handel und die finanziellen Beziehungen, die die Aufrechterhaltung dieses Handels gestatten, zu sichern.

Unter Betonung der vordringlichen Notwendigkeit, in dem Kredit des Staates ein Element aufrechtzuerhalten, auf dem das Wiederaufbauwerk begründet werden könnte, erachtet das Komitee es für im höchsten Maße wichtig, daß

Aluminium im Vormarsch.

Reichsaluminiumwerte: 6 Proz. Dividende.

Das Rautawerk-Bereinigte Aluminiumwerke A.-G., das sich im Besitze des Reiches befindet, legt seine Dividende für 1931 von 9 auf 6 Prozent herab. Der Bruttogewinn hat sich auf 6,7 gegen 7,2 Millionen Mark ermäßigt und der Reingewinn wird nach Absetzung von 1,74 gegen 2,01 Millionen Mark Abschreibungen mit 1,75 Millionen ausgewiesen, während im Vorjahr der Reingewinn 2,64 Millionen Mark betrug.

Daß das Aluminium auch in der Krise des letzten Jahres seinen Vormarsch in den verschiedenen Verbrauchergebieten fortgesetzt hat, zeigt sich in dem geringen Abfahrtdrang des Syndikats von nur knapp 10 Prozent. Der Geschäftsbericht weist darauf hin, daß der Abfahrtdrang sich auf Kosten anderer Metalle in so geringen Grenzen gehalten hat. Die Einfuhr im vergangenen Jahr ging auf etwa die Hälfte des Vorjahres zurück und stellte sich auf etwa 5200 Tonnen Aluminium, davon 3500 Tonnen Abfälle, die von dem Aluminiumzoll nicht berührt werden.

In der Bilanz sind in den mit 15,2 Millionen ausgewiesenen Beteiligungen Aktien im Werte von 6 Millionen Schweizer Franken von der im Oktober 1931 neugegründeten Alliance-Aluminium-Compagnie in Basel enthalten, der außer den bisherigen Mitgliedern des europäischen Aluminium-Syndikates auch die kanadischen Produzenten beigetreten sind. Die Verwaltung des Rautawerkes erklärt zu dieser Gründung, daß sie die enge Zusammenarbeit in der europäischen Aluminiumindustrie verstärkt und endlich eine Verständigungsbasis mit der kanadischen Industrie geschaffen habe.

Arbeitsbeschaffung ist not!

Katastrophale Schätzungen für den Baumarkt.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte dafür, daß unverzüglich ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Tat werden muß, für die Bauwirtschaft liefert ihn das Institut für Konjunkturforschung. Nach seiner Schätzung wird die Bauproduktion im Jahre 1932 nur noch 2 Milliarden Mark betragen gegen etwa 4 Milliarden im Jahre 1931 und 7,1 Milliarden im Jahre 1930.

Wenn nicht sehr bald Maßnahmen zur Befehung des Baumarktes ergriffen werden, dann muß für das Jahr 1932 mit einer

die Staaten den kommerziellen Kredit schätzen, denn die Zahlungsfähigkeit jedes Landes ist zwangsläufig abhängig von seinem Außenhandel. Das Komitee glaubt weiter, daß es im Interesse jedes Staates liegt, seinen Kredit aufrechtzuerhalten will, den Dienst für kurzfristige Schatzscheine, die er ausgegeben hat, unter allen Umständen aufrechtzuerhalten.

In einer so wechselnden und so verwickelten Lage wäre es vielleicht nicht angebracht zu versuchen, eine Regel oder ein allgemeines Anwendungsprinzip aufzustellen. Die Zweckmäßigkeitserwägungen lassen sich schwer mit Grundfragen in Übereinstimmung bringen. Alles, was man sagen kann, ist, daß, wenn eine übertragende Notwendigkeit einen Staat dazu führt, die normale Ausführung von Verträgen, die er eingegangen ist, zu suspendieren und ihn zwingt zu wählen zwischen einem Teilmoratorium oder einem Totalmoratorium, es vorzuziehen ist, eine greifbare Grundlage zu schaffen, auf der man in Zukunft aufbauen kann.“

Soweit der Bericht. Die Bemerkungen des Finanzkomitees des Völkerbundes sind wichtig in erster Linie für die internationalen Verhandlungen, die auf der Konferenz von Lausanne notwendigweise über die Reparationsfrage hinausgreifen müssen und die Fragen der internationalen Verschuldung und der internationalen Handelsbeschränkungen zu einer Lösung führen müssen. Diese Ausführungen verdienen aber in dem Teil, der die Moratorien angeht, auch die volle Beachtung für die Entscheidungen, die möglicherweise in der deutschen Wirtschaftspolitik zu fällen sind. Sie scheinen uns überzeugend darauf hinzuweisen, daß man ein Moratorium, im besonderen für langfristige Anleihen, niemals vorbeugend, sondern nur dann in Erwägung ziehen darf, wenn eine zwingende Lage eingetreten ist und alle anderen Auswege wirklich verbaut sind. Jede Erklärung eines Transferratoriums für langfristige Anleihen bedeutet, wie es der Bericht der Finanzexperten sehr klar hervorhebt, eine außerordentliche Erschwerung der künftigen Sanierung durch Kredite und muß deshalb gerade im Interesse der notwendigen internationalen Verständigungen unbedingt vermieden werden, solange die Devisenlage eines Landes noch gestarrt, diesen Kreditbezug vor der Einbeziehung in die allgemeine Vertrauenserschütterung zu schützen.

Zunahme der Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern um 100 000 bis 150 000 Mann gerechnet werden, so daß im Durchschnitt 800 000 bis 900 000 Bauarbeiter arbeitslos sein würden. Im öffentlichen Hochbau werden nur die notwendigen Reparaturen ausgeführt; die gewerbliche Bautätigkeit wird immer mehr eingeschränkt, da die Industrieanlagen ja im Durchschnitt nicht zur Hälfte ausgenutzt sind. Ganz hoffnungslos sind die Dinge im Wohnungsbau; die Zahl der Bauzulassungen machte Ende 1931 nur ein Fünftel der Vorjahresziffer aus.

Der britische Außenhandel im März.

Im Monat März ist die englische Ausfuhr gegen den vorhergehenden Monat von 30 auf 31,1 Millionen Pfund leicht gestiegen, konnte jedoch damit nur den Stand des Januar erreichen, der hinter dem Export der letzten Monate 1931 weit zurückblieb. Die Einfuhr ist im März von 20,1 auf 61,12 Millionen Pfund gestiegen, da im Februar wegen der bevorstehenden Inkraftsetzung des zehnprozentigen Generalzolls noch starke Deduktionskäufe stattfanden.

Die allgemeine Abperrungspolitik auf dem Weltmarkt hat es England also bisher unmöglich gemacht, das wichtigste Ziel der britischen Handelspolitik, eine Steigerung der Ausfuhr, zu erreichen. Die starke Befestigung des Pfundkurses im März dürfte durch Schwächung der Exportprämie gleichfalls dazu beigetragen haben, die Ausdehnung des Exports zu verhindern. Die Passivität der englischen Handelsbilanz im ersten Vierteljahr 1931 beträgt 102,13 Millionen Pfund.

Die Umsätze des Konsums im Februar.

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine veröffentlicht jetzt auf der neuen Grundlage die Monatsumsätze der angeschlossenen Verbände für den Monat Februar. Diese betragen im Berichtsmonat 49,54 gegen 65,33 Millionen im Februar 1931 und 73 Millionen im Februar 1930. Der Durchschnittsumsatz je Mitglied betrug 22,12 M. gegen 28,68 bzw. 32,96 M. in dem gleichen Monat der beiden vorhergehenden Jahre. Innerhalb der einzelnen Konsumverbände sind die durchschnittlichen Mitgliedsumsätze sehr verschieden. Der Verband sächsischer Konsumvereine liegt mit 27,86 M. wesentlich über dem Durchschnitt des Zentralverbandes, während der schlesische Verband mit 16,75 M. weit hinter den Durchschnittsumsatz zurückbleibt.



ALLES AUS EINER FABRIK
ALLES EINE QUALITÄT!
SALAMANDER-QUALITÄT!

9⁷⁵ 12⁵⁰



SALAMANDER

Paul F. Schmidt: Wilhelm Busch

Geboren am 15. April 1832

In der Vorzeit konnte man vielfach die Ansicht hören, Wilhelm Busch sei der Humorist des deutschen Bürgers gewesen, also eigentlich ein Verherrlicher seiner kleinen Schwächen, die er, die „lachende Träne im Wappen“, mit lebenswüdriger Nachsicht freizog. Man mußte auch wirklich so denken, wenn man seine ungeheure Popularität beachtete. Sollte der Spiegel von allen guten Geistern so verlassen sein, daß er eine Verhöhnung seines lauren Selbst nicht merkte? Also: es konnte sich keinesfalls um Satire handeln, sondern um Humor, aus der gleichen warmen Ofenode, um eine gar nicht heimliche, sondern offen eingestandene Zärtlichkeit für das Objekt seiner Zeichnungen und Kritische. „Denn es war unser“, jubelten die entzückten Reizler, und sie kauften seine Büchlein mit den amüsanten Abenteuern um das liebe Ich und die Tüde des recht unlieben Objekts. Und noch 1911, drei Jahre nach seinem Tode in der Einsamkeit des Dorfes Rechtschaffen, schrieb Robert Gormezan an offizieller Stelle: „Er war das Genie des Kleinbürgerturns um 1870, darin liegt seine kulturgeschichtliche Bedeutung.“ Schwer fielen dabei freilich seine kulturkämpferischen Entgegnungen ins Gewicht, just die Dinge, die wir heute kaum noch genehmbar finden; in dem banalen „Pater Filuzius“, dem „Heiligen Antonius“ und der nur stellenweise genialen „Frommen Helene“. Es darf gleich vorweg genommen werden: der Kampf, den er hier gegen Nudernum und kirchliche Annäherung führte, war ganz schief orientiert und entbehrte um der falschen politischen Plattform willen, von der aus er ihn führte, jeder höheren Rechtfertigung; und das nicht bloß dann, weil er (ganz offensichtlich im „Filuzius“) Pfaffenturn mit katholischer Kirche gleichsetzte und diese in politische Gleichung mit Sozialdemokratie und französischem „Erbsind“ brachte, als das dem braven Michel bedrückende „System“, wie man heute sagen würde — sondern auch aus künstlerischen Gründen. Seine Karikaturen verlagten hier auf der ganzen Linie; an die Stelle geistiger Gestaltung und ihrer philosophischen Begründung trat unverhüllte politische Vereinerung. Es gibt, von Hütten und Salzte bis zu Schopenhauer, Heine und der jüngsten Zeit, Panphlete und Dichtungen genug, die uns das Herz aufwühlen und mit Empörung gegen kirchlichen Gewissenszwang erfüllen; die Streitschriften Wilhelm Buschs gehören niemals in diesen Zusammenhang, weil sie aus dem Respekt des protestantischen Spielbürgers von 1870 stammen, für den der Papst und der Jesuit noch genau derselbe kirchlich aufgefaßte Gottesdienst war, wie für die Aufrechter des Schmalckaldischen Bundes. Insofern allerdings war Busch tatsächlich „das Genie des Kleinbürgerturns“.

Aber dieser trübe Flecken bedeutet doch herzlich wenig in seinem Gesamtwerk, d. h. in seinen weltbekannten Illustrationsbüchern (denn daß er noch etwas anderes war, werden wir gleich sehen). Das Beste und Typische darin, d. h. also, die unsterbliche Knopp-Trilogie, die Anfangspartien der Frommen Helene, die kostbare Jobstade, May und Morig, Rodwin Böhmann und Waler Kiesel, das Amügenspaar des Bildungsphilisterturns, die unvergleichlich echten Typen aus Dödsdum, der überaus wichtige „Geburtstag“, mit dem man gegen jede Art bornierter Possidiererei treiben gehen könnte, von Kleon, dem Gerbermeister zu Aßen, bis zu Hüller, und zuletzt und vor allem die wahrhaft klassischen Reissensgehaltungen des „haarbeutels“, den ich am Ende das Meisterstück seiner Charakterisierungskunst nennen möchte: diese gelungenen Amalgame von Vers und Zeichnung sind uns heute wertvollste Dokumente der deutschen Bürgerseele und werden es für alle Ewigkeit bleiben. Hier spricht über durchaus kein Witzkünstler und Vertuscher: es sind in Wahrheit sehr bittere und vernichtende Satiren, und man muß sich wundern, wie der mit beifühendem Höhn überschüttete Dausche von 1870 diese Complimente nicht etwa nur ertragen, sondern mit Begeisterung nachschlagen hat. Des Menschen Blindheit gegen seine eigenen Fehler scheint ohne Grenzen zu sein. Wie ist es nur möglich (fragen wir 1932), daß man sich vor fünfzig Jahren in den Knopp und Widelitz, im Menschen namens Meyer, in Deppe, Sauerbrodt, Jobs und wie sie heißen mögen, nicht erkannt hat? Kann es einen dankbaren Spiegel geben? Gerade die Kuznacki aus den unteren Stockwerken menschlicher Dummheit und Gemeinheit, gerade das Alltägliche und

Alltägliche dieser Mißgeburt von Begegnissen, an denen die waderen Leute zerbrechen, hätte die betroffenen Einwohner des bismarckischen Deutschland süßlich machen müssen.

Es tat es nicht, und darin können wir den hohen künstlerischen Rang der Buschschen Satire erkennen. Der Hundertjährige erfüllt wahrlich erst heute seine Mission, denn der deutsche „Untermenschen“, den er wie kein zweiter geschilbert hat, erfährt nun seine historische Mission, erst heute tritt er aus der Anonymität des Privatlebens, das Busch mit dem Blick des Genies und abgrundtiefer Hof gezeichnet hat, in die politische Arena und wirkt, wie er allein kann und muß, zerstörend. Man versehe die Hunderte von Gestalten Wilhelm Buschs in den Sportpalast, und siehe da, es sind Mann für Mann die treuen Schildhalter und Schildbürger des Nationalsozialismus!

Vielleicht kann man der schöpferischen Größe dieses Dichters-Malers unter einem solchen Aspekt am gerechtesten werden. Es ist der Aspekt, unter dem wir längst gewöhnt sind, Daumier zu betrachten. Man höre auf mit der Harmlosigkeit, in Wilhelm Busch nur den amüsanten Unterhalter zu sehen. Er ist der schärfste und unerbittlichste Kritiker seiner faulen und giftigen Halbheit, in deren Atmosphäre der Spielbürger zu läppiger Fülle gedeiht. Die äußere Harmlosigkeit des Milieus und der banalen Erlebnisse, die er schildert, darf uns nicht über die vernichtende Absicht und Wirkung seiner Satiren täuschen. Vor 1890, in der Zeit, da alle seine wichtigsten Werke entstanden sind, lag kein Grund vor, den Deutschen anders als im Privatleben lächerlich zu machen; für die Politik sorgte die Herrenliste. Heute ist jener von Busch mit so grimmiger Kenntnis gezeichnete Typus in die Arena hinabgestiegen, und wir erleben schauernd, wessen seine kanellbehütete Heimtücke fähig ist.

Der künstlerische Wert dieser Bücher steht über jeder Diskussion. Busch war ein ebenso großer Zeichner wie polemischer Dichter; seine Frägungen sind von hinreichender und endgültiger Kraft, sein Strich entblößt so unerbarmlich wie keine Keime. Es ist nicht müßig zu betonen: daß in all dem von Improvisation keine Rede sein kann, daß die scheinbare Leichtigkeit und Zufälligkeit seiner knappen Linien ebenso wie der hingeworfenen Verse Resultat langer und mühsamer Überlegungen ist und viel Studium, viel Stützen, Versuche und Aenderungen erfordert hat, bis der Ausdruck sitzt und alles so wirkt, daß es gar nicht anders sein darf. Bei Busch, und bei Daumier auch, verleiht sich, hat man den Eindruck unüberwindlicher Notwendigkeit. Dabei dem Deutschen ein gewisser Vorrang nach der literarischen, der inhaltlichen Seite einzuräumen ist, während bei Daumier die bildhafte Formulierung unmittelbarer und vitaler wirkt.

Im Hause aus dem Busch wohl Vater. Mit 19 Jahren, 1851, ging er zur Düsseldorfer Akademie, dann nach Antwerpen und 1854 nach München, wo er bis 1878 blieb und viele Bilder gemalt hat; zwanzig Jahre lebte er dann in völliger Zurückgezogenheit in seinem Geburtsort Wiedenfeld im Hannoverschen, von 1898 bis zu seinem Tode am 9. Januar 1908 in Rechtschaffen. Man kennt seine Malereien wenig, er trat nie damit hervor, und sie gehören noch heute fast alle seiner Familie. Doch darf man ihn hier als vollberechtigtes Mitglied der Münchener Kunst ansehen. Von den niederländischen Meistern, Brouwer, Franz Hals und Teniers, empfang er seine wesentlichsten Anregungen. Diese dunkeltonigen Malereien haben mit seiner berühmt gewordenen Zeichnung die Beschränkung auf das Private, auf stille behagliche Buntel gemeinsam; sonst kaum etwas Maßgebendes. Auch seine Arbeit an Operetten, deren Musik sein Münchener Freund, der Komponist Krampfleger schrieb: „Schuster und Schneider“, „Liebstreu und Grandanster“, der „Bater“ — sind nahezu spurlos vorbeigegangen und für uns verschollen. Das wirklich Geniale und Einmalige seiner Wirklichkeit liegt in der Doppelstätigkeit als Satiriker in Bild und Schrift. Er begann schon 1855 damit (in demselben Jahr, aus dem seine ersten Bilder datieren), zunächst als Mitarbeiter der „Fliegenden Blätter“, denen er bis 1871 treu blieb. Das erste von ihm illustrierte Werk, das durchschlagenden Erfolg hatte, ist das unsterbliche „May und Morig“, das 1865 bei Braun u. Schneider in München erschien: das wunderbare Buch unserer Kindheit.

Jeppe Aakjaer: Ein frommer Nachbar

Die Tagelöhner hatten ihre Tätigkeit bei Jens Ruesgaard eben beendet und rühten nun in die Bankede, um die Dorfneuigkeiten zu bereiten, während sie die Stube mit einem beizühenden Rauch ihrer kurzen Pfeifen erfüllten. Das Gespräch drehte sich zu meist um den „neuen Mann“, Thomas Seeländer, dessen fremdartiges Wesen und kränkelnde Sitten die schonungslose Kritik und das Hohnschlächter der älteren Eingefessenen erweckt hatten.

Der weiße und runzlige Greis Bisti Tommensen, der ein Stück Vieh gut beurteilen konnte, aber nur die notwendigsten Begriffe von Menschen hatte, die nicht nach seiner Fassung zugeschnitten waren, fing an, indem er die Pfeife mit seiner mageren, zitternden Hand aufsteckte:

„Bist du der Sohn des Seeländers wohl non der Schule zurückgekommen?“

„Ja, das habe ich auch gehört“, antwortete Krejsten Hermannsen, ein vierähriger Bauer mit verfilztem Vollbart und rötlichen Backentränen. „Da fallen wir wohl noch mehr Spektakel und Veranstaltungen haben.“ Der Vater macht sonst der Gegend schon genug zu schaffen, scheint mir.“

„Ja, darin hast du wirklich recht, Krejsten“, sagte Bisti und hob den Tabakstamm von sich. „Ich konnte mir es wirklich nicht verkneifen, Storgaard davon zu erzählen, als ich ihn gestern traf.“

Storgaard war der reichste Bauer der Gegend, langjähriger Gemeindevorsteher und Dorfknig, der jetzt in dem reformeifrigen Seeländer seinen ausgesprochenen Gegenjah gefunden hatte.

„Nicht ihr, was er mir antwortete? „Dann ist ja einer mehr da, um im Osterhof Kapre stehen zu lassen. Und wenn der Vater nun wieder über diesen Ver La—a—sen schwätzen will, so kann er seinen Burschen als Vorjänger mitnehmen, dann spart er das Abendbrot für den Schulmeister!“

„Ha, ha, ha! Ja, der Storgaard ist schlamm gegen die, auf die er nicht gut zu sprechen ist.“ bemerkte Krejsten Hermannsen. „Und diese Seeländer mit ihrem Singen und ihren Gebärden und dem ganzen Hurlumhei, die kann er nun einmal nicht leiden — und das kann ich meiner Seel auch nicht. Denn es ist beinahe, als ob sie sich besser machen wollen als unsereinen, und sie sind doch auch nichts anderes als Bauern, wie sie sich auch haben und tun. Ich für mein Teil sage: Laßt die Pastoren predigen, dafür bekommen sie ihren guten Lohn, aber laßt die Bauern bei ihrer Arbeit bleiben.“

„Der Mann kann ja sonst gut genug sein“, sagte Bisti Tomme-

sen, „aber er sollte sich etwas mehr auf der Erde halten. Zum Beispiel seine Landwirtschaft: nun ist er herumgerannt, um Mergel auf seinem Boden zu suchen — aber Mergel auf unserer Erde — er soll meiner Seel bald einsehen, was das bringt. Und jetzt hat er Drainröhren nach Söfing hinausgeschickt, aber ich weiß nicht, was er damit will. Ob er glaubt, daß er das Wasser aufwärts laufen lassen kann? Denn sonst ist kein anderer Kusweg als durch dein Feld, Jens“, wandte Bisti sich an den Bist.

„Ich will es dem Mann nicht verweigern“, antwortete Jens Ruesgaard, „kann es übrigens auch nicht, wenn das Recht seinen Lauf haben soll. Und es kann ja sein, daß ich ein klein wenig anders über den Seeländer urteile als ihr. Daß Storgaard ihn nicht leiden kann, darüber braucht man sich nicht zu wundern. Denn er hat hier immer Dorfknig gespielt, und jetzt hat er nichts mehr zu jagen. Das macht den Mann vertriehlich, das versteht man gut.“

„Ja“, sagte Sören Boel, der vierte in der Gesellschaft, ein kleiner, spinniger Mann mit einem langhaken Organ, „wenn ich meine Meinung sagen darf, so scheint mir schließlich, daß Storgaard reichlich großmütig geworden ist. Denn — hm — ein steinreicher Bursche ist er von Kindesbeinen an gewesen, und für unseren Herrgott hat er nun niemals Gebrauch gehabt; und — hm — ich weiß wohl, man soll seinen rechten, aber — hochmüt kommt vor dem Fall, und der, welcher — hm — glaubt zu stehen, sehe wohl zu, daß er nicht fällt. Wenn wir — wenn ich so sagen darf — ein wenig mehr Gottesfurcht hier in der Gegend bekämen — äh — das wäre doch nicht das Schlimmste!“

„Du bist mir ein schöner Schwäger, du rennst in die Gebetsversammlungen, anstatt deine Arbeit zu lassen“, rief Krejsten Hermannsen böse aus. „Was du wohl mit Gottesfurcht meinst? Wenn wir Bauern uns an unsere Wirtschaft und an das halten, was wir in der Schule gelernt haben, und wenn wir jedem bezahfen, was wir ihm schuldig sind, sollte dann noch jemand da sein, der etwas von uns will?“

„Ja“, sagte Jens Ruesgaard, „aber es ist doch auch gut, ein wenig zu wissen.“

„Ja, äh!“ antwortete Krejsten Hermannsen. „Aber dieser Seeländer erzählt nur von Pastoren und anderen großen Leuten, man hat genug an seinem eigenen.“

„Es war Peter Sassen-Strüppendorg, über den er meißt

spocht, also kein Pastor“, wandte Jens Ruesgaard ein. „Er war ein einfacher Mann wie unsereinen.“

„Nun weiß ich bald nicht, was ich sagen soll“, bemerkte der unerbesserliche Krejsten Hermannsen. „War er kein Pastor, so sollte er doch gewiß gern einer sein.“

„Aber der, über den er das vorige Mal sprach... wie nannte er ihn doch?“ begann der alte Bisti Tommensen. „Es ist doch merkwürdig, daß ich nicht darauf kommen kann!... der mit dem Hammer!“

„Meinst du den schwarzen Schmied?“ rief Krejsten Hermannsen. „Ach, red' doch keinen Unsinn!“ fuhr Bisti ihn an und socht nervös mit der kurzen Pfeife.

„Thor?“ warf Jens Ruesgaard ein.

„Richtig“, antwortete Bisti und sah erleichtert auf. „Da habet mir wirklich den Mann! Er war doch auch kein Pastor.“

Krejsten Hermannsen setzte die gleichgültigste Miene auf. Bisti Tommensen zog auf seiner historischen Bahn weiter.

„Und Grundtvig — er war ja auch kein Pastor?“

„War Grundtvig kein Pastor?“ sagte Krejsten Hermannsen, dann weiß ich wirklich nichts mehr davon.“

„Rein“, errietete Bisti Tommensen, „er war etwas ganz anderes — wie nennt man es doch — Dichter!“ rief er aus und erhob in der Stille der Befreiung die kurze Pfeife gegen den Deckenbalken.

„Dichter? Was bedeutet das?“ fragte Krejsten Hermannsen unsicher.

„Ach, das ist so einer, der etwas zusammenfetzt, Geschichten macht, versteht sich, ebenso wie der alte Schuhmeister, wenn er seine Großschrift macht“, antwortete Bisti.

„Er fies“, antwortete Krejsten Hermannsen zweifelnd. „Dann sollte der alte Schuhmeister ein Kerl wie Grundtvig sein; das kann ich nicht glauben! Was sagst du, Jens Ruesgaard — war Grundtvig nicht Pastor?“

„Ja, wahrhaftig war er Pastor, und so, daß es seine Art hatte! Aber Bisti muß ja das halbe verstanden haben, denn das sagte der Mann doch oft genug“, antwortete Jens Ruesgaard.

„Ja, dann muß ich es wohl überhört haben“, sagte Bisti sanftmütig. „Ich bin wirklich ein armer Teufel im Begreifen. Aber kommt zu Ann' Krestin, da könnt ihr meiner Seel Bescheid bekommen. Sie ist es wert, zu einer Verammlung geschickt zu werden, denn sie bringt alles mit nach Hause.“

Da wir nun einmal dabei sind, von diesem fremden Mann zu sprechen, so will ich euch doch erzählen, wie schlecht es mir gestern bei ihm erging:

Es war so ungefähr zur Frühstückzeit, als ich zu ihm kam, um ein Stück Werkzeug zu leihen. Da war ich so unglücklich, daß ich mitten in die Morgenandacht kam. Sie hatten sich eben vom Tisch erhoben; ich konnte sehen, daß sie Braikartoffeln gehabt hatten, denn die schwarze Pfanne stand auf einer Scheibe auf dem Tisch und zeigte mit dem Schwanz zur Studentur.

Rundherum an den Wänden hingen Bilder. Die waren wohl von den großen Leuten, von denen er so gern erzählt. Ich konnte keinen anderen als Frederik den Erlechten erkennen, den ich damals sah, als ich in Fredericia lag.

Nun, die Leute hatten sich über die Stube verteilt, und ich konnte sehen, daß sie mich merkwürdig anschielten. Ich wollte gerade mein Buchchen ausrichten, da begann der Seeländer auf einmal anzustimmen:

„Morgenstund' hat Gold im Mund,
Und Gold bedeutet Frau—eude—“

Nun konnte ich ja verstehen, warum man mich so angeglotzt hatte, und ich nahm schlaunig meine Röhre ab und stellte mich an der Tür auf. Aber dann warfen sie sich auf einmal nieder, Männer und Frauen zusammen, wie sie gingen und standen, hier bei einem Stuhl und da bei einem anderen, einer an einem Bordenke und ein anderer am Langschemel.

Nach unten kam das Garge! Und ich ärgerte mich beinahe schon, daß ich aufrecht stand und auf sie herunter sah, wie sie da lagen und alle den Hintern in die Luft streckten, der eine mit Schären in den Strümpfen und der andere mit Riß auf den Holzschuhen. Hätte ich unter dem Tisch kriechen können, so hätte ich es getan.

Als der Seeländer sich erhoben hatte und sah, daß ich stehen geblieben war, konnte ich wohl sehen, daß er schlecht zu sprechen war. „Nun, du brauchstest wohl nicht zu frien“, sagte er auf seinem Seeländisch.

„Rein“, sagte ich, „ich bin reichlich alt geworden für die Art Kunst. Ich kann wohl hinunterkommen, aber es knieft ja verdammt wieder hochzukommen.“

Und ich habe schließlich gedacht, ob nicht das, was man dort, gleich kräftig ist, ob es nun in der einen oder anderen Stellung geschieht. Auch kann ich nicht einsehen, warum ich mich auf meine Knie legen soll, weil ihr anderen auch in eurem Frühbild satzgegessen habt.“

Genau so antwortete ich dem Mann, und er muß sich wohl damit zufriedengegeben haben, denn er sagte nichts mehr, sondern gab mir das, worum ich gekommen war.

Seitdem habe ich nichts mehr von dem Seeländer gesehen.“

(Autorisierte Uebersetzung von W. E. Andersen.)

Eine Anleihe bei der Wissenschaft

Wie die Moskauer Abendzeitung „Weschernaja Moskwa“ vom 2. April mitteilt, ist auf Beschluß des „IV. Unionskongresses der Wissenschaftlichen Arbeiter“ eine Anleihe zur Propagierung von Wissenschaft und Technik emittiert worden. Die Eigentümlichkeit dieser neuen russischen Anleihe besteht darin, daß der Wert der einzelnen Stücke nicht in einer Geldeinheit, sondern in Arbeitsstunden ausgedrückt ist. Es wurden insgesamt 50 000 Obligationen ausgegeben, was ungefähr der Gesamtzahl der Wissenschaftler in der Sowjetunion entspricht. Der Wert jeder Obligation beträgt 30 Arbeitsstunden, das besagt, daß der Inhaber der Obligation sich verpflichtet, bis 31. Dezember 1932 mindestens 30 Stunden an öffentlicher Betätigung zur Verbreitung von Wissen und Technik unter den Volksmassen zu verwenden. Diese Tätigkeit umfaßt Vorträge, Leitung von wissenschaftlichen und technischen Bildungszirkeln, Abfassung oder Redigierung von technischer Massensliteratur für Arbeiter und für Mitglieder landwirtschaftlicher Kollektive, Mitarbeit an der Herstellung von Lehrplänen, systematische praktische Beratung usw.

Mit der Durchführung der Anleihe ist am 1. April in der Weise begonnen worden, daß Delegierte des Plenums der „Sektion der Wissenschaftlichen Arbeiter“ mit Obligationen nach allen Richtungen der Sowjetunion abriefen. Die Moskauer Wissenschaftler haben sich bereits verpflichtet, Obligationen im Werte von nicht weniger als 300 000 Arbeitsstunden, d. h. also ein Fünftel der gesamten ersten, auf 1 1/2 Millionen Arbeitsstunden lautenden Emission zu zeichnen. Die Obligationen der neuen Anleihe sind weder veräußerlich noch übertragbar oder befehlbar. Über die spätere Einlösung der Anleihe macht die Moskauer Zeitung keine Angaben.

H. R.

Jubiläums-Konfitüren

Feurich-Kekse, Jubiläums-Misch... 1,25
Edel-Sortiment, Bitter, Vollmilch, Nuss... 0,70

Konserven

Kalif. Stangenspargel 1,98
Brechtspargel mittelstark 1,60
Brechtspargel ohne Köpfe 1,30
Kaisererbösen 1,30
Junge Erbsen fein 1,05

Jubiläums-Weine

1931er Schloss Bückelheimer Msh. berg. Natur... 0,85
Feiner Erbsenwein 0,95
1923er Chät. Larose-Bourch... 1,25
Fein. Kirschsaft... 1,14

Jubiläums-Hauseifen

Scheuertücher 0,25
Fensterleder 0,95
Wäsche-Seifenpulv. 0,35

Billige Lebensmittel und JUBILÄUMS-Verkauf

Preise nur Freitags, Sonnabend, Zuwendung v. Lebensmitteln bei Bestellung v. 5,00 M. an.

Käse und Fette

Harzer 0,28
Camembertvollschacht 0,20
Romadour 20% 0,22
Allg. Stangenk. 20% 0,40
Tilsit. Blockkäse 30% 0,56

Gemüse

Möhren gewaschen 0,05
Rotkohl 0,07
Weisskohl 0,07
Wirsingkohl 0,07
Spinat 2 Pfd. 0,15

Fische und Räucherwaren

*Grüne Heringe 3 Pfd. 0,34
*Schollen 3 Pfd. 0,34
*Kabeljau gr. o.K. i.g. Pfd. 0,12
*Schellfisch m.K. i.g. Pfd. 0,26

Wild und Geflügel

Wolghühner geh. Pfd. 0,55
Suppenhühner geschl. Pfd. 0,76
Enten 0,78

Frisches Fleisch

Schweinebauch o.B. Pfd. 0,54
Schweineschinken mit Bein 0,64
Schweinekamm oder Schuff ohne Beilage 0,74

Wurstwaren

Landleberwurst Pfd. 0,65
Jagdwurst Pfd. 0,80
Speckwurst Pfd. 0,56
Fiandern geräuch. Pfd. 0,28

Gemüse u. Obst

Blumenkohl 1 Kopf von 0,25
Nierenkartoffeln 3 Pfd. 1,40
Radieschen 3 Bund 0,25
Apfelsinen blood 3 Pfd. 0,46

Jubiläums-Bratt-Zigarren

„Uns. Spezial.“ 0,10 0,15
Fein, würzig, St. 50 Stück 4,75 7,15

Kolonialwaren

Bruchreis Pfd. 0,12
Tafelreis Pfd. 0,14
Japan-Reis Pfd. 0,22
Bassin-Reis Pfd. 1,18

Weine

Cider, süß. Apfelw. 0,65 2,00
Deutscher Wermut 1,00 4,75
Krim-Rotwein 1,00 4,75

50 JAHRE HERMANN TETZ

Blumensamen

Gladiolen grosse, in separaten Farben, 5 Stück 0,25
Edel-Dahlien 2 Stück 0,45

Blumensamen

Ranunkeln gefüllt, in separaten Farben, 10 Stück 0,25
Gras-Samen in Tiergarten-Mischung Pfd. 0,60 2,75

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater Freitag, den 15. April Staatsoper Unter den Linden Andromache

Winter-Garten 8 Uhr 15. Horn 3434. Buntten erl. Varieté-Revue „Flut im Käsewagen“

Ufa-Palast Uferechter Straße Sonnabend, den 16. April, 11.30 nachts: Wohltätigkeits-Nachtvorstellung

Heinrich Hildebrandt fah 70 Jahre alt, durch den Tod etlich. Sein Leben war ein Kampf...

KLEINE ANZEIGEN Preise: Überschriftswort 20 Pf., Textwort 10 Pf.

Städt. Oper Charlottenburg Inismarkstraße 34. Freitag, 18. April Turmus II

Berlins neuestes Operetten-Theater! „Peppina“ Operette in 3 Akten.

Butter-Heinze Füllten in allen Stadtteilen Gläß & Ihle

Max Schroeder im Alter von 61 Jahren. Ein-Kaufvertrag, den 15. April 1902.

Verkaufe Einolium, Käse, Räumungs-gegenstände, Musik-Instrumente

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr Kamrad Kasper

GROSSES SCHAUSPIELHAUS Wegen Vorbereitung zur Max-Reinhardt-Inszenierung

A. Läckemäcker Optisches Institut H 58, Schönhauser Allee 136

Deutscher Metallarbeiter-Verband Todesanzeige Gustav Boerke

Kleidungsstücke, Wäsche usw. Radio, Grammophone

Theater a. Nollendorfplatz Pallas 7091 Heute zum 50. Male Traum einer Nacht

Rose-Theater in der Frankfurter Straße 151 Die Frau, die Jeder sucht

Preuß. Staatslotterie Gesamtgewinne in 5 Klassen über 114 Millionen RM. Eine Million

Innungskrankenkasse der Juweller Gold- u. Silberschmiede (Zwangs-)Innung zu Berlin. Bekanntmachung!

Kaufgesuche Zahnheile, Nähmaschinen, Ver-mietungen

metropo-Theater Täglich 8 1/2 Uhr Curt Götz in Zirkus Almee

Deutsches Theater 8 Uhr Vor Sonnenuntergang

Sport-Restaurant F. Katerbaum Adlershof, Sedanstraße 3

Fahrräder, Nähmaschinen, Ver-mietungen